Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 194 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Dienstag, den 26. August 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang

Der Kampf um die Betriebsräte.

Die „Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands" in Halle am 22. und 23. August.

Am 27. Juli d. Js. kamen in Halle auf Einladung des Bezirksbergarbeiterrates (unter Peters und Koenens Leitung) die Vertreter verschiedener Zentralräte zusammen, um an dem „Aufbau des Rätesystems" zu arbeiten. Sie gründeten eine **„provisorische Zentralstelle der Zentralbetriebsräte"**, die in Halle ihren Sitz bekam und von der aus die Arbeiterschaft „revolutioniert" werden sollte. Am 22. und 23. August fand nun wieder eine „Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands" im „Volkspark" zu Halle statt, an der sich 52 Delegierte von den verschiedensten „Zentralräten" beteiligten. Die Revolution sollte durch diese Tagung, über die wir, trotzdem sie unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, berichten können und die sich vornehmlich mit dem Regierungsentwurf für die Betriebsräte und den „revolutionären" Ersatz der Radikalen dafür beschäftigte, wieder mal vorwärts getrieben werden. Es ist aber

keine Tat

bei der ganzen Geschichte herausgekommen, es ist viel geredet worden, die verschiedenen Schattierungen der Unabhängigen und die Kommunisten gerieten sich in die Haare, verteidigten gegeneinander „ihre" verschiedenen Entwürfe und gingen von dem „Räte-Kongreß" ohne die befreiende Tat nach Hause. In der Präsenzliste zu der Konferenz waren ja allerdings große Arbeiterzahlen aufgeführt, die hinter diesen „Räten" stehen sollen, der Berliner Rumpf-Vollzugsrat führte allein 1 000 000 Arbeiter auf, trotzdem aber hat der kreisende Berg nicht mal ein Mäuslein geboren.

Wie man sich die ganze Tagung dachte, ging schon aus der Einleitung hervor, der Verhandlungsleiter Koenen verlangte schon vor Beginn der Verhandlung, daß alle Teilnehmer die etwa zu fassenden Beschlüsse nach ihrer Rückkehr in der Heimat vertreten müßten und daß alle Teilnehmer, die nicht auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, die Konferenz zu verlassen haben. Zwei anwesende Mehrheitssozialisten, Legat und Becker, die die 15er Kommission der Hamburger Werften vertraten, wurden auch um dieseitwillen an die frische Luft gesetzt, man braucht eben nur „Delegierte", die nach der Pfeife tanzen und durch dick und dünn jeden Blödsinn mitmachen, machen.

Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung, „Kampf um die Betriebsräte", referierte Koenen-Halle. Er ließ zwar an dem Regierungsentwurf keinen guten Faden, betonte aber doch, daß in der Nationalversammlung an dem Gesetz mitgearbeitet werden müßte und Verbesserungsvorschläge gemacht werden sollen. Trotzdem aber müßten im Lande die „revolutionären" Forderungen der Betriebsräte energisch propagiert werden, damit durch eine große Massenaktion die Nationalversammlung und Regierung beeinflußt werden. Bleibt aber die Massenaktion aus, so ist es möglich, daß die Nationalversammlung den Regierungsentwurf noch verschlechtere. Beschlüsse können nach Koenen jetzt noch nicht gefaßt werden, da man nicht wissen könne, wie die Sache geht und was die Zukunft bringt. Zu einer Kraftprobe könne man nicht schreiten, denn das deutsche Proletariat sei an und für sich nicht revolutionär. Die Frage der Betriebsräte sei aber eine gute Gelegenheit,

auf die Massen im revolutionären Sinne zu wirken.

Ein Diskussionsredner glaubt nicht, daß man jetzt die deutschen Arbeiter um großer Ziele" willen zum streiken bringe, das einzige wäre noch, daß man sie für die wirtschaftlichen Betriebsräte aus den Betrieben bringe und das wäre noch recht zweifelhaft. Däumig-Berlin wandte sich scharf gegen Koenen, der mit dem Regierungsentwurf, der glatt abgelehnt werden muß, kompromisseln wolle. Däumig fordert, sofort eigene Betriebsräte zu schaffen nach dem Vorbilde des Berliner Rumpf-Vollzugsrats, um dadurch die Regierung und die Nationalversammlung

vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Er fordert die anderen Orte auf, dem Berliner Beispiele zu folgen, um auf diese Weise die Wirtschaft zu „revolutionieren". Däumig schlägt schließlich „Richtlinien zum Aufbau des Rätesystems" vor, die von denen Koenens abweichen. Kurt Geyer wendet sich wiederum gegen Däumig, er will eventuell

durch Generalstreik zu gegebener Zeit

die Durchführung der Rätediktatur erzwingen. Köhring-Essen und Konowitz-Stuttgart bringen, um die Unklarheit über die Betriebsräte in den radikalen Kreisen zu illustrieren, wieder andere Betriebsrats-Entwürfe, die sich von den vorliegenden wesentlich unterscheiden. Braß-Remscheid verlangt die Schaffung einer Zentrale, von der aus die ganze Bewegung zu leiten und zu fördern ist. In Zukunft darf nach ihm die Kraft nicht mehr in Teilstreiks und Putschen verzettelt, sondern muß einheitlich im ganzen Reiche eine Aktion unternommen werden. Richard Müller-Berlin fordert die unbedingte Diktatur des Proletariats und wendet sich scharf gegen die Mitarbeit der U.S.P. in der Nationalversammlung.

Schließlich arbeitet eine dafür eingesetzte Kommission einen Entwurf der Betriebsräte aus, den man zur Kenntnis nimmt, Abstimmungen hat man aus irgendwelchen Gründen vermieden. Der in der Kommission ausgearbeitete Entwurf deckt sich im wesentlichen mit dem der Berliner Kästchenbauer und bringt keine neuen Momente. Die Regelung des politischen Rätesystems soll einer späteren Konferenz überlassen bleiben.

Auch beim zweiten Punkt der Tagesordnung, bei dem der Essener Kommunist Köhring über „Gewerkschaften und Betriebsräte" referierte, ging es ein wenig durcheinander. Der Referent verlangt

unbedingte Zertrümmerung der Gewerkschaften,

das Betriebsräte-System soll in Zukunft die Gewerkschaften ersetzen. Der Redner fordert planmäßige Unterminierung der jetzt bestehenden Gewerkschaften und Schaffung von revolutionären Gewerkschaften nach dem Leitsatz der Essener Arbeiter-Union. Richard Müller war Referent. Er will die Gewerkschaften bestehen lassen, aber von innen „umgestalten". Nach ihm sind die Betriebsräte nicht in der Lage, alle Aufgaben der Gewerkschaften zu erledigen, darum will er die Gewerkschaften mit dem Rätesystem verbunden wissen. In der Diskussion stellt sich ein Teil der Redner auf den Boden Müllers, der andere Teil wendet sich scharf gegen Müller. Däumig verhetzt einen Klärungsprozeß, der sich um der Gewerkschaften willen in Kürze bei der U.S.P. vollziehen wird. Im allgemeinen war die Debatte recht heftig und im Verlauf derselben zeigten sich so viel „Richtungen" als Redner zu Worte kamen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, alle Anträge wurden einer Kommission überwiesen, die die Frage der Gewerkschaftsbewegung in Kürze erledigen und dem nächsten Kongreß vorlegen soll.

Zum Schlusse der Tagung wurde noch über die „Organisationsform" der „Zentralbetriebsräte" gesprochen. Es wird eine Zentralstelle von 16 Vertretern eingesetzt, deren vorläufiger Sitz Halle ist. Außerdem wird beschlossen eine Zentralnachrichtenstelle einzurichten, die nach Leipzig kommt und deren Leiter Kurt Geyer wird. Braß, Köhring und Rasch-Berlin wandten sich vergeblich gegen diese Einrichtung, die sie als

Meinungsfabrik für die U.S.P.

bezeichneten. Die Frage der Finanzierung der neuen „Organisation" soll auf der nächsten Konferenz geregelt werden. Schließlich sprach man noch davon, daß man das revolutionäre Element der Arbeitslosen beim Aufbau des Rätesystems sehr gut gebrauchen kann.

Damit fand die zweitägige Konferenz, von der wieder viele Leute vieles erwartet hatten, ihr Ende. Man traut den Arbeitern keine „revolutionäre Forsche" mehr zu und will auch jetzt gegen das Betriebsrätegesetz keine andere Aktion unternehmen, als schließlich nach Berliner (nichtgelungenem) Muster Arbeiterratswahlen auf eigene Faust zu unternehmen. Der Geist der Konferenz war kein besonders glänzender und nur wenn sich Unabhängige und Kommunisten und die ersteren untereinander in die Haare gerieten, wurden sie ein wenig warm. Sie wissen wohl gemeinsam alles herunter zu reißen, aber wenn sie selbst etwas Neues schaffen wollen, dann können sie nicht einig werden und

Ersticken in Unklarheit.

So wird wohl auch letzten Endes diese ganze „revolutionäre" Bewegung, die sich recht wild gebärdet und radikal tut, und doch so wenig radikal und wirklich revolutionär ist, im Sande versiegen und dann erst wird die Arbeiterschaft wieder hemmungslos aufwärts steigen können.

Sprengung des Bergarbeiterverbandes.

Der Bezirksarbeiterrat erläßt im gestrigen Volksblatt einen Aufruf an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands, in der in recht gewundener und unklarer Weise zur Gründung einer dritten radikalen Bergarbeiterorganisation aufgefordert wird. Die bisherige Parole des Bezirksbergarbeiterrates, nicht aus dem Bergarbeiterverbande auszutreten, um den Verband von innen zu „revolutionieren", wird umgestoßen, da man scheinbar auf diese Weise nicht zum Ziele gekommen ist. Es wird in dem Aufruf von vorgekommenen Austritten und Beitragssperren ganzer Zahlstellen geredet, die man im Bezirksbergarbeiterrat zusammenfassen will. Weiter sagt dann der Bezirksbergarbeiterrat, daß er noch zu der großen Differenz entscheidend Stellung nehmen und mit allen oppositionellen Gruppen des Bergarbeiterverbandes im Reiche Beziehungen anknüpfen will, um einen „einheitlichen Zusammenhalt der revolutionären Kräfte zu schaffen. Man will also alle Fäden auf eine Stelle zusammenspinnen, um dann nach Erledigung der Vorarbeiten den neuen oppositionellen oder radikalen Bergarbeiterverband zu gründen. Vor der syndikalistischen Bergarbeiterunion wird in dem gleichen Aufrufe gewarnt, man braucht eben noch eine dritte, eine „unabhängige Bergarbeitergewerkschaft." Die Zersplitterer der Arbeiterschaft scheinen aber selbst noch nicht recht zu wissen, was sie wollen, denn der Schluß des Aufrufes klingt aus, als wollte man überhaupt keine Gewerkschaft mehr, sondern einzig und allein die Räteorganisation als Vertretung der Arbeiterschaft.

Die Bergarbeiter mögen sich die Sache gründlich ansehen, letzten Endes klingt aus der ganzen Sache nichts anderes heraus als der arbeiterfeindliche Zersplitterungsgedanke einer blindwütigen Minderheit, die um jeden Preis die alten starken, kampferprobten Arbeiterverbände zerschlagen will, um kleinlichen, persönlichen Machtinteressen zu dienen und niemand anders schadet als der Arbeiterschaft selbst, die sich zum Vergnügen der Unternehmer zerfleischt. Kündet uns der jeden ernsthaften Kampf mit seinen wahren Feinden, der politischen und wirtschaftlichen Reaktion unfähig macht. Die Arbeiterschaft muß um ihrer selbst willen jetzt, wo es noch Zeit ist, mit den Schädlingen, den Zersplitterern kräftig Fraktur reden, damit sie die Kämpfe, die sie bei ihrem Aufwärtswollen noch zu bestehen hat, auch wirklich bestehen kann.

Kein Generalstreik um den Berliner Vollzugsrat

Berlin, 26. August. Nach dem „Lok.-Anz." war die Mehrheit der Redner der kommunistischen Partei Deutschlands in der gestrigen Sitzung der Arbeiterräte, Funktionäre und Betriebsräte der U. S. P. D. und K. P. D., die zur Aufhebung des unabhängigen Vollzugsrates Stellung nahm, für sofortigen Streik, während die Redner der U. S. P. D. meinten, der gegenwärtige Zeitpunkt sei dazu nicht geeignet, da die Provinz nicht mitmachen würde.

Sie wollen erst zu gegebener Zeit losschlagen, wenn die Regie klappt und die wird wohl in dem Sinne der Radikalen niemals klappen, da ist das Durcheinander bei den Unabhängigen mit seinen sechs verschiedenen Richtungen und den Kommunisten mit nicht viel weniger Meinungen zu groß.

Heimkehr der Kriegsgefangenen aus England.

Hamburg u. d. H., 25. Aug. Nach Meldung des englischen Armee-Oberkommandos wird die Rückführung der deutschen in englischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen voraussichtlich um den 30. August beginnen. Bei der Abnahmekommission Köln-Deutz würde etwa alle zwei Tage ein Bahntransport von 2000 Kriegsgefangenen eintreffen.

Eine weitere Meldung aus München besagt: Bei Ehren zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers gegebenen Mittagessen hielt Reichspräsident Ebert eine Rede, in der er zum Schlusse die Mitteilung machte, daß England seit einigen Tagen, dank der Bemühungen der Reichsregierung, täglich 2000 deutsche Kriegsgefangene in die deutsche Heimat entließ.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190826-13/fragment/page=0001

Bittere Wahrheiten für die Unabhängigen.

Trotzdem die Unabhängigen wie ein getreues Echo jede radikale Phrase der Kommunisten wiederholen und in devoter Haltung sich ständig zu Schleppenträgern ihrer kommunistischen Brüder herabwürdigen, bekommen sie von diesen bei jeder Gelegenheit die allerschlimmsten Prügel. Je mehr die U. S. P. sich durch scharfen Kampf gegen die alte Sozialdemokratie den Anschein gibt, als treibe sie eine grundsätzliche revolutionäre Politik, desto stärker wird sie von den Kommunisten in die Zange genommen und als grundsatzlose Molluskenpartei gekennzeichnet.

„Die Rote Fahne", das Organ der kommunistischen Partei Deutschlands, hält der U. S. P. mit folgenden Worten den Spiegel vor:

„Auf die Frage, worin denn der einheitliche Charakter der Unabhängigen Partei zu sehen sei, dürfte wohl auch ihrem überzeugtesten Führer die Antwort schwer fallen, wenn er sie nicht nur in der Einheitlichkeit der Mitgliedsbücher und der Beitragsmarken finden will. Denn alles, was in dieser Partei über diese äußerliche Einheitlichkeit hinausgeht, ist nur noch ein Sammelsurium von Unklarheiten, Gegensätzlichkeiten, Verschiedenheiten, die kaum noch durch die schönste Phrase verschleiert und überbrückt werden können. Gibt es in der Tat größere Gegensätze als zwischen dem rechten Flügel um Haase und Kautsky, mit dessen rein kleinbürgerlichen Vorstellungen über die parlamentarische Demokratie Lenin in einer eben deutsch erschienenen Broschüre blutig abrechnet, und dem linken Flügel um Däumig, der sich der kommunistischen Auffassung von der Rätediktatur nähert? Alle diese Gegensätze werden aber in der Partei nicht ausgetragen, führen nicht im Kampfe der Geister zu einer Klärung und Reifung der Gehirne; sie werden verdeckt, übertüncht durch die einheitliche Farbe, den gleichen Ausdruck auf die Beitragsmarken, die rechts und links gleichmäßig kleben. Es ist klar, daß eine solche Partei nicht nur keine revolutionäre, sondern überhaupt keine Politik treiben kann. Bei jedem Schritt, den sie tut, um vom Wort zur Tat zu kommen, muß der innere Gegensatz an die Oberfläche treten, muß sie als Organisation zerbrechen. Dann vermögen die Instanzen wohl unter allgemeinen tönenden Phrasen große Mengen zu Demonstrationen aufzurufen, aber sie vermögen nicht, trotz der großen Zahl der Anhänger, auch nur im geringsten gestaltend und richtunggebend auf die Revolution einzuwirken ... Das ist es, was die kommunistische Partei stets bekämpft hat, stets bekämpfen wird, indem sie die Politik der unabhängigen Führer angegriffen und schonungslos in allen Einzelheiten von Beginn der Revolution an kritisiert hat. Sie steht in der Organisation der Arbeiterschaft nicht ein Werkzeug in der Hand der Führer, denen die Zahl, die Menge der Parteimitglieder nur zum Piedestal für die eigene Wirksamkeit wird. Sie will die Massen selbst aktionsfähig machen. Das geschieht nicht dadurch, daß man einfach, wie die „Freiheit" es tut, da Ja sagt, wo die Konkurrenzpartei Nein sagt und umgekehrt, sondern allein dadurch, daß grundsätzliche proletarische Politik, das ist die Politik des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes, getrieben wird."

Diese Kennzeichnung der unabhängigen Sozialdemokratie durch die Kommunisten bestätigt nur, was wir über das innere Wesen dieser Partei schon öfter gesagt haben: in dem Drange, recht radikal zu erscheinen, muß sie selbst da einen anderen Standpunkt als wir einnehmen, wo sie innerlich von der Richtigkeit unserer Taktik überzeugt ist. Das gibt der ganzen Politik der Unabhängigen ein unehrliches Gepräge, und ihre besonnenen Führer auf dem rechten Flügel wagen nur vereinzelt, ihre Stimme gegen die törichte und molluskenartige Politik der eigenen Partei zu erheben. Es ist vorauszusehen, daß die U. S. P. durch diese innere Zersetzung mit der Zeit auch als Organisation unter die Räder kommen muß. Der Klärungsprozeß, der im deutschen Proletariat eingesetzt hat, wird ebenso wie in anderen Staaten zur Kristallisation der Ideen führen und letzten Endes nur noch zwei sozialistische Gruppen kennen, nämlich eine auf dem Boden der Demokratie stehende und eine mit dem Mittel des Terrors und der Diktatur kämpfende. Was an sozialistischen Elementen zwischen diesen beiden Gruppen steht, wird entweder aufgerieben oder von der einen oder anderen Richtung aufgesaugt werden. Für diesen Zeitpunkt gilt es die Waffen scharf zu halten.

Das Rätesystem in Rußland.

Die Arbeiter haben nichts zu sagen. — Akkordsystem.

Die kommunistische Rätekorrespondenz, die von der Zentrale der K. P. D. herausgegeben wird, berichtet über die Entwicklung des Rätewesens in Rußland. Mit vielen Worten wird dort auseinandergesetzt, wie in Rußland sozialisiert worden ist. Die Leitung der Betriebe untersteht danach einem Ausschuß, der zu einem Drittel aus Vertretern der höheren technischen und gelehrten Kräfte, zu einem weiteren Drittel aus Vertretern der Staatsleitung und nur zum dritten Drittel aus Arbeitervertretern des in Frage kommenden Industriezweiges besteht. Sehr einflußreich sind die beteiligten Arbeiterräte dort also nicht. Es kommt aber hinzu, daß die Zentralverwaltung das Recht hat, Kommissare zu entsenden, die beschließende Stimme und Vetorecht haben. Die Leiter des technischen und kaufmännischen Teils der Unternehmungen werden von der Staatsbehörde ernannt. Sie leiten den Betrieb, setzen den Lohn fest und legen der Zentralverwaltung Rechenschaft ab. Die Betriebsarbeiterräte (Fabrikkomitees) sind beschränkt auf Hebung der Arbeitsdisziplin, Verbesserung der Verpflegung, der Wohnungs- und Sanitätsverhältnisse und sonstige allgemeine Kulturarbeit. Mit anderen Worten, sie haben weniger zu sagen, als nach dem deutschen Betriebsrätegesetz die Betriebsräte bei uns zu bestimmen haben werden.

Die kommunistische Rätekorrespondenz berichtet dann, welch große Erfolge die Sowjetrepublik mit ihrer Wirtschaftsleitung gehabt habe: Sie habe das Stücklohn- oder Prämiensystem eingeführt, entweder werde ein Mindestsatz der Arbeitsleistung bestimmt und für das Uebertreffen desselben eine Natural- oder Geldprämie ausgezahlt, oder es werde erhöhter Lohn unter der Bedingung festgesetzt, daß die Arbeiter erhöhte Arbeitsnormen leisten. Diese Methode wird an sieben Einzelbeispielen erläutert — viel mehr Fabriken sind wohl in Rußland nicht mehr in Betrieb. Da lesen wir:

Fabrik Gerlach-Pulit, Charkow. Um die Produktivität der Arbeit zu steigern, ist der Stundenlohn mit Prämienverteilung eingeführt worden. Die Intensität der Arbeit bleibt nur wenig hinter den Leistungen der vorrevolutionären Zeit zurück.

Schlüsselburger Pulverfabrik. Nachdem das Prämienlohnsystem eingeführt worden ist, erreicht die Produktivität einer Schicht 100 Pud.

Kammfabrik Moskau. Die Arbeiter leisten jetzt dieselben Arbeitsnormen wie früher während des Zehnstundentages.

Tuch- und Wollwarenfabrik Moskau. Die Fabrik hat versuchsweise den Stücklohn eingeführt, der eine bestimmte Arbeitsleistung während des Achtstundentages voraussetzt.

Schroigleiberei Moskau. Die Fabrik hat die Terminarbeit eingeführt.

Fabrik von Tschimchitn, Moskau. Die Terminarbeit ist eingeführt worden.

Die Arbeiterleser der Rätekorrespondenz können sich durch solches Tatsachenmaterial schwerlich dazu angeregt fühlen, für die gewaltsame Einführung ähnlicher Zustände in Deutschland Kopf und Kragen zu riskieren.

Die Erwürgung Sowjet-Rußlands.

Die Entente scheint es sich nunmehr endgültig zum Ziel gesetzt zu haben, Sowjetrußland zu erdrosseln. Nach Budapest soll Moskau fallen. Mit allen Mitteln versucht die Entente ihren Willen durchzusetzen. Die Aushungerung Rußlands ist beschlossene Sache, die Befallen der Entente, die Gegenrevolutionäre in Rußland haben die Offensive gegen die Sowjetregierung eingeleitet. Von allen Seiten beginnt der Vormarsch gegen Petersburg und Moskau. In Estland vollendet die Streitmacht des Fürsten Lieven und General Keller ihren Aufmarsch. Infolge ihrer Schwäche nicht fähig, allein den Angriff zu wagen, bildet sie doch, im richtigen Moment eingesetzt, eine starke Waffe in den Händen der Engländer, deren Kanonenfutter sie ist. Im Norden gaben die Inbrandsetzung Kronstadts durch baltische Flieger und der Einbruch in den russischen Kriegshafen den Auftakt zu dem beginnenden Drama. Die Finnen scheinen sich von ihrer letzten Niederlage wieder erholt zu haben; an der Murmanbahn ist nicht nur die Offensive der roten Garde zum Stehen gekommen, sondern auch eine Erschütterung der russischen Front zu bemerken. Im Osten zwar ist Koltchak weit zurückgedrängt, rüstet aber mit amerikanischer Hilfe wieder. Am schlimmsten ist die Lage Lenins im Süden und Südwesten. Denikin steht nicht weit mehr von Moskau. Auch die Ukrainer haben eine energische Offensive gegen die Sowjetarmee eingeleitet, sie verfügen über 100 000 Mann wohldisziplinierte Truppen und haben bereits durchgreifende Erfolge erzielt. Der ukrainische Vormarsch wird durch einen gewaltigen Bauernaufstand im Rücken der Bolschewisten unterstützt.

Auch andere Meldungen liegen noch vor, daß die Räterepublik wackelt und wankt. Der Grund, aus dem sie jetzt oder später einmal zusammenbrechen wird, wie Ungarn, ist die ungeheure wirtschaftliche Not der großen Masse des Volkes, hervorgerufen durch das Regierungssystem, das das Volk weder versteht, noch unterstützt, das dem Mann aus dem Volke eine gefürchtete, hassenswerte Tyrannei ist. Die nächste Zukunft wird lehren, ob Sowjetrußland diesem konzentrischen Ansturm überstehen kann.

Der Traum ist zu Ende.

Die Monarchisten sind unverbesserlich, sie sehen die Tatsachen nicht und glauben trotz des blutigen, ungeheuerlichen Krieges immer noch dasselbe blöde, stumpfe Volk vor sich zu haben und nach den alten Mitteln regieren zu können. So ist es aber überall. In Ungarn haben sie die Probe auf das Exempel gemacht. Der blutige Joseph sollte dem schönen Karl den Thron bereiten und die Habsburger wollten wieder ihr Szepter schwingen. Durch einen Putsch, gestützt auf die Bajonette der Rumänen ergriff der „Vaterlandsretter" Joseph die Macht, um nach ganz kurzer Zeit wieder abzutreten. Der Entente war die ganze Geschichte doch zu wüst, sie schritt ein und als die schützenden Bajonette der Entente sich senkten, fiel auch der „Verweser". Jetzt ist er abgetreten. Bei seinem Abgange hat er noch die übliche Proklamation an „sein Volk" erlassen, in der er sagt, daß er nur sein Volk aus der Not „erretten" wollte, nun, wo ihm dies gelungen, trete er gern ab, um den Ungarn den Weg zum Aufstieg freizumachen. Hoffen wir, daß nach den mancherlei Erschütterungen nunmehr dem Ungarlande auch wirklich ein organisches Aufwärtsschreiten möglich ist.

Neuer Kurs in Deutsch-Oesterreich.

Die Wiener „Neue Freie Presse" veröffentlicht Aeußerungen von authentischer Seite über die Neuorientierung in der Außenpolitik des Staatskanzlers Renner. Nach diesen Aeußerungen „will" Deutsch-Oesterreich jetzt auf seinen Anschluß an Deutschland verzichten und alle seine Hoffnung auf den Völkerbund setzen, dem es blindlings sein Schicksal anvertraut. Nicht freier Wille hat die Oesterreicher zu diesem Entschluß gebracht, nur widerwillig wird das deutsch-österreichische Volk sich von dem großdeutschen Gedanken abkehren. Die Bajonette der Entente haben hier wieder mal den freien Volkswillen vergewaltigt, Deutschland beugt sich unter den Machtwillen der „Sieger", die es im anderen Falle verhungern ließen oder mit ihrer Soldateska besetzten. Aber auch über diese Zwangsorientierung der Deutsch-Oesterreicher nach Westen wird die Geschichte hinweggehen und über kurz oder lang wird das von der Entente aufgerichtete Kartenhaus zusammenbrechen.

Abgabe der bayerischen Armee an das Reich.

WTB. München, 25. Aug. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Reichspräsident und der Reichswehrminister sind heute vormittag zum Besuche des bayerischen Chefs in München eingetroffen. Heute vormittag findet die Uebergabe des bayerischen Kontingents an das Reich statt. Der Reichspräsident und der Reichswehrminister verlassen München im Laufe des Nachmittags, um sich zu kurzem Erholungsaufenthalt ins Gebirge zu begeben.

Die Entente-Studienkommission in Oberschlesien.

Breslau, den 25. August. Das WTB. meldet: Der Pressedienst des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien teilt mit: Im Breslauer Landeshaus fand am Montag mittag eine informatorische Besprechung der zum Reichs- und Staatskommissar Hoersing entsandten Ententekommission mit den Vorständen der schlesischen provinziellen Behörden statt, zu der Vertreter der Regierungsbehörden und der Aemter, sowie die Führer sämtlicher oberschlesischer Gewerkschaften geladen waren. Oberpräsident Philipp begrüßte die unter der Führung des englischen Oberstleutnants Tilbury stehende Kommission. Er sprach den Wunsch und die Hoffnung aus, daß ihre Informationsreise durch das Aufstandsgebiet dazu führen werde, die Entente von der Haltlosigkeit der von polnischer Seite gegen die deutsche Regierung und das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen zu überzeugen und die wahren Triebkräfte der bedauerlichen Vorgänge in Oberschlesien festzustellen. Er bedauerte, daß trotz seiner Aufforderung an Kossanti, ihm die Adressen politischer Vertrauensleute zur Teilnahme an dieser Sitzung nicht angegeben worden seien. Zunächst entwarf der Reichs- und Staatskommissar in längerer Rede ein Bild von den politischen Verhältnissen in Oberschlesien und ihre Entwicklung seit dem ersten Monat des laufenden Jahres. Er wies an der Hand amtlichen Materials den inneren Zusammenhang der spartakistischen und nationalpolitischen Bewegung nach, schilderte die Zusammenarbeit beider Organisationen und ihr Bestreben, die oberschlesische Arbeiterschaft durch maßlose Verhetzung ihren politischen Zielen dienstbar zu machen. Major Hesterberg erklärte die militärische Lage und betonte die Mitwirkung regulärer Truppen der Polen an der Aufstandsbewegung. Der Kommissar der Militärpolizei Hornig stellte Material zur Verfügung aus dem die geheime Arbeit der großpolnischen Propaganda und die umfassende Vorbereitung des Aufstandes durch die Polen klar hervorgehoben wurde. Die Ausführungen der behördlichen Stellen wurden durch alle weiteren Redner der oberschlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft im einzelnen vollinhaltlich bestätigt. Oberstleutnant Tilbury dankte namens der Kommission für die Informationen. Er hat sich weiteres Material aus und sicherte völlig objektive Prüfung des deutschen Standpunktes und des deutschen Materials zu. Die Kommission begibt sich am Dienstag früh zunächst nach Gleiwitz.

Das Ende des oberschlesischen Generalstreiks.

Kattowitz, 25. August. Das Rybniker Revier arbeitet voll, das Plesser Revier zu 70 Prozent, das Zentralrevier zu 80 Prozent. Im Zentralrevier ist die Arbeitsaufnahme eine ziemlich durchgreifende bis auf die Antonienhütten-Gruben, wo etwa 20 Proz. arbeiten. Die staatlichen Gruben der Berginspektionen 1, 2 und 7 arbeiten voll, die der Berginspektion 4 nur teilweise.

Amerika will Deutschland nur helfen.

Berlin, 26. Aug. Einem Berichterstatter des „Vol. Anz." erklärte Kapitän Starzer, Chef der amerikanischen Lebensmittelkommission und Mitglied der alliierten Bergbaukommission in Oberschlesien: Die weitverbreitete Ansicht, Amerika wolle sich in Oberschlesien festsetzen und die Kohlenfelder aufkaufen, sei reiner Unsinn. Er habe zwanzig Waggon Stärkungsmittel für Kinder und leidende Frauen zur Hand. Die deutsche Regierung steuere hierzu ein Sechstel des Einkaufspreises bei. Die Unterernährung der Kinder sei zum Teil erschreckend.

Ende des Hamburger Bankbeamtenstreiks.

WTB. Hamburg, 25. Aug. Die Zentralstreikleitung fordert in einer in den Morgenblättern veröffentlichten Bekanntmachung die streikenden Angestellten der Hamburger Großbanken auf, ihre Tätigkeit bereits am Montag früh wieder aufzunehmen. Diese Maßnahme sei in dem Verhalten des Reichsarbeitsministeriums begründet. Die Zentralstreikleitung halte nach wie vor an ihren Forderungen fest, die durch zwei Schiedssprüche bestätigt seien und sich auf die Dauer durch Machtmittel nicht aus der Welt schaffen ließen.

Die wahren Proletarierfreunde auf dem Erwerbslosen-Kongreß.

Der zurzeit in Hamburg tagende Reichskongreß der Erwerbslosen steht völlig unter dem Zeichen kommunistischer Dialektik. Die Frage des Wiederaufbaues Belgiens und Frankreichs wurde lediglich von dem utopischen Gesichtspunkt der Weltrevolution aus behandelt. Der Kongreß beschloß gegen vier Stimmen, jede Beteiligung an den Wiederaufbauarbeiten in Belgien und Nordfrankreich abzulehnen, da sie nur die Zwecke des Kapitalismus fördern würden.

Während sich Deutschland durch Unterzeichnung des Friedensvertrages verpflichtet hat, soweit wie möglich die begangenen Schäden wieder gut zu machen, versuchen gewissenlose und unverantwortliche Elemente, diese Arbeit möglichst zu erschweren. Die Kongreßvertreter scheinen weniger Erwerbslose als Arbeitsscheue zu sein. Muß nicht den gesund denkenden deutschen Arbeiter ein Gefühl tiefer Verachtung ankommen für Leute, die da von Weltrevolution und Völkerverständigung schwätzen und den ersten Schritt zur Anbahnung internationaler Verständigung, die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Frankreichs und Belgiens nämlich, mit allen Mitteln zu verhindern suchen?

Die Transportkatastrophe.

In der ganzen Kohlenfrage fehlt es noch immer an einer umfassenden Aufklärung über alle dabei mitwirkenden Faktoren. Diese Aufklärung muß endlich geschaffen werden, um der Oeffentlichkeit die Möglichkeit der Einwirkung dort zu geben, wo der Hebel an unsere große Wirtschaftsnot zunächst angesetzt werden muß.

Durch die Presse geht eine Notiz über die Lage im Braunkohlenbergbau, aus der hervorgeht, daß auch dort die Reserven so gestiegen sind, daß sie der Selbstentzündungsgefahr ausgesetzt werden. Die Stapelplätze sind überfüllt; es fehlt an Transportmitteln. WTB. verbreitet allerdings, daß nur 430 000 Tonnen Kohle im Ruhrrevier auf den Halden liegen, es wird aber als Zeitpunkt der 1. Juli angegeben und gerade seit jener Zeit hat sich die Förderung bedeutend gehoben und zweifellos liegt heute eine viel größere Kohlenmenge aufgestapelt und harrt des Abtransportes. Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Hauptursache der Schwierigkeit in der Kohlenversorgung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190826-13/fragment/page=0002

die Transportmittelnot ist. Es fehlt namentlich an Lokomotiven und an einer straffen Organisation des Verkehrs auf den Wasserwegen.

Das ist erkannt. Nun aber auf zu energischen Maßnahmen für die Steigerung der Arbeitsleistung in den Lokomotivwerkstätten! schreibt der Vorwärts. Es muß mit Hochdruck gearbeitet werden, um unser Verkehrssystem, das durch die Wirkungen des Krieges und durch die Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens in Unordnung gekommen ist, wieder in glatten Gang zu bringen.

Die Bereitelung der unabhängigen Arbeiterratswahlen.

Den „P. P. R." wird geschrieben: Der nach dem Austritt der sozialdemokratischen und demokratischen Arbeiterräte zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückte Vollausgsrat der Unabhängigen und Kommunisten mußte sich an, sich als die einzig berechtigte Vertretung der gesamten Groß-Berliner werktätigen Bevölkerung aufzuspielen und in dieser Rolle aus eigener „revolutionärer" Machtvollkommenheit alle Hand- und Kopfarbeiter zu neuen Arbeiterratswahlen aufzurufen. Die „Erfassung der Wahlberechtigten", die den Aufbau einer Räteorganisation, wie die Unabhängigen sie verstehen und für ihre durchsichtigen politischen Zwecke gar zu gern schaffen möchten, im Auge hatte, ist ihnen unleidsam gestört worden durch das energische Zugreifen der Regierung, die jetzt kurzerhand den Roten Vollzugsrat aus seinem Amtsgebäude exmittieren ließ und ihm damit die weitere Vorbereitung seiner ungesetzlichen Wahlmachenschaften zur Unmöglichkeit machte. Daß der von der Regierung geführte Streich gegen die Herren Müller und Genossen, die im Hause, in den Zelten 23, ein komfortables Dasein führten, gut gesessen und alle Unabhängigen-Hoffnungen auf das empfindlichste durchkreuzt hat, beweist der Wutschrei der „Freiheit" in ihrer Sonntags-Ausgabe.

Die Arbeiterratswahl soll verhindert werden! setzt sie in fetten Lettern an den Kopf ihres Artikels über „Noskes neuesten Gewaltstreich". Ganz recht, nur vergißt sie hinzuzusetzen, die „ungesetzliche". Denn gegen das Zustandekommen eines ordnungsgemäß gewählten Arbeiterparlaments für Groß-Berlin hat die Regierung nicht das Geringste einzuwenden. Es dürfte auch der „Freiheit" und ihren Lesern nicht unbekannt sein, daß der hierfür allein zuständige „Zentralrat der deutschen Arbeiterräte" eine Wahlordnung beschlossen hat, die auf der Grundlage der Beschlüsse des Zweiten Rätekongresses sich aufbaut und für die Arbeiterratswahlen im ganzen Reiche richtunggebend und rechtsverbindlich sein wird. Was Richard Müller und die Seinen mit ihren Privatwahlen zu erreichen hofften, das war eine Wahlkörperschaft von ihren Gnaden, in der ihr Einfluß ausschlaggebend und die in ihrer Hand ein jederzeit fügsames Instrument gegen die verhaßte rechtssozialistische Regierung sein sollte. Ueber diese Tatsache können auch die allerschönsten graphischen Darstellungen, mit denen der Unabhängige Vollzugsrat seine Wahlflugblätter verbrämt, nicht hinwegtäuschen. Daß man nebenher auch noch das unbequeme Betriebsrätegesetz zu Fall zu bringen hoffte, versteht sich dabei von selbst. In bezug auf diese Absicht hat ja die unabhängige Presse aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht. Das Einschreiten der Regierung war also aus mehr als einem Grunde geboten und schafft endlich klare Verhältnisse und geordnete Bahnen für die kommende Arbeiterratswahl auf gesetzlicher Basis.

Zum Lügen gehört ein gutes Gedächtnis.

Das vergessen die Unabhängigen manchmal. Sie behaupten alle Tage in ihren Blättern und Versammlungen, daß sie niemals zum Streik in dieser Zeit der schweren Not aufreizten. So oft man ihnen an Tatsachen beweist, daß sie die Schuld tragen an den Streiks, die unser Wirtschaftsleben zugrunde richten, nennen sie das eine gemeine Lüge. In Nr. 185 der „Unabhängigen Volkszeitung" in Dresden aber gibt das Blatt offen zu, daß geradezu jetzt gestreikt werden müsse. Es schreibt:

„Nie war die Anwendung des Streiks zu politischen Zwecken so notwendig, als in der Zeit der gegenwärtigen Umwälzungen."

Dieses Geständnis, das den Herrschaften darin entschlüpft ist, wird man sich merken müssen. Man wird es ihnen jedesmal dann um die Ohren schlagen, wenn sie wieder ihre Schuld an den irrsinnigen Streiks der Gegenwart mit eiserner Stirn abzuleugnen versuchen.

Gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 26. Aug. Laut „Voss. Ztg." wird jetzt, nachdem die Beratungen eines großen Sachverständigenkreises im Reichsfinanzministerium die einhellige Ablehnung der bisherigen Notenumtauschpläne ergeben haben, die Bildung einer kleinen Kommission aus dem Sachverständigenkreise, insbesondere der Bankfachleute, vorbereitet, die über etwaige weitere radikale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht weiter beraten soll.

Ein fürstlicher Schieberkonzern.

Die amtliche Untersuchung der bei Trelleborg von einem deutschen Flugzeug abgeworfenen Pakete, deren Inhalt Schmuck- und Wertsachen des Exfürsten von Albanien sein sollten, ist jetzt nach „Sydsvenska Dagbladet" abgeschlossen. Es hat sich herausgestellt, daß die Pakete eine Anzahl kleinerer Päckchen enthielten, die mit verschiedenen Siegeln versehen waren und verschiedenen Besitzern gehören.

Der Fürst von Albanien ist danach nur Eigentümer von etwas mehr als einem Viertel der Gegenstände. Genauere Angaben über die anderen Besitzer konnte das Blatt nicht erhalten, es sei aber anzunehmen, daß mehrere ehemalige Fürsten dabei interessiert seien. Der Wert wird jetzt auf sechs Millionen Kronen beziffert. Die Schmucksachen bestehen hauptsächlich aus Diademen, Kolliers, Haarschmuck, Broschen usw. Die Zollbehörde dürfte die Anklage wegen Schmuggel erheben.

Bülow über die Vermeidbarkeit des Krieges.

Fürst Bülow legt in einem Brief an den Hauptschriftleiter des „Hamburger Fremdenblatt" seine Ansichten über die Ursachen des Weltkrieges dar. Bülow sieht keine moralische Schuld der deutschen Regierung, wohl aber eine politische. Nachdem er auseinandergesetzt, daß ihm in seiner 12jährigen Amtszeit das deutsche Flottenprogramm sowie das russisch-französische Bündnis die Erhaltung des Friedens sehr schwierig machten, wendet er sich gegen die Behauptung Bethmanns, daß bei dessen Dienstantritt schon der Krieg unvermeidbar war. Als Gegenbeweis führt er aus, wie erst die deutsche Orientpolitik, besonders die Mission des Generals Liman von Sanders, Rußland zum Feind machte, nachdem schon Deutschlands Lavieren zwischen England und Frankreich das erstere abgestoßen, die Revanchegelüste des zweiteren gesteigert hatte. Weiter macht er der Regierung Bethmanns den Vorwurf, daß sie sich „mit verbundenen Augen der Wiener Führung anvertraut" habe. Der Kernpunkt, die Zusammenfassung seiner Ansicht über den Ausbruch des Weltkrieges legt er in den Satz, daß der Krieg nicht unvermeidlich gewesen war, denn „die militärischen Abmachungen zwischen England, Rußland und Frankreich vor dem Kriege seien nicht bindender gewesen, als die vor dem Kriege 1870 zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien getroffenen Stipulationen, die dennoch nicht zu einem Bündniskriege führten". Damit gibt Bülow zu, daß die Fehler der Wilhelm II.-Bethmannschen Regierung (daß er seine eigenen zugibt, kann man schlecht verlangen) den Ausbruch des Weltkrieges veranlaßten. Die Politik, sagt er schließlich, sei eine Kunst und der gute Wille, der in der Moral alles sei, reiche in der Kunst nicht aus, denn dann komme es auf das Können an. Es seien während der verhängnisvollen Wochen vor Kriegsausbruch von unserer politischen Leitung schwere psychologische, diplomatische und politische Fehler begangen worden, die mit Unrecht unser Volk mit dem falschen Scheine der Schuld am Kriege beladen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: „Wäre ich dagewesen, so wäre so etwas nicht passiert!" Darauf kann man aber antworten: „Weiß man es denn?" Gewiß hat anno 1914 ein sträflicher Dilettantismus Deutschland beherrscht. Aber schon die Lage, die Bethmann nach Bülows Sturz vorfand, war hoffnungslos verpfuscht. Auch die Bülowpolitik hat an dem, was nun geworden ist, ihr reichlich Anteil.

Die Ernüchterung der Elsässer über die französische Verwaltung.

Aus elsässischen Kreisen wird den „P. P. R." geschrieben: Wenige Monate französische Verwaltung im Elsaß haben hingereicht, um die Begeisterung und Zuneigung der Altelsässer für die wiedergefundene „mère-patrie" wesentlich abzukühlen und in ihnen so etwas wie eine heimliche Sehnsucht nach den Vorzügen des sonst so wacker geschmähten deutschen Systems wieder laut werden zu lassen. Es scheint tatsächlich, als ob die französische Verwaltung, die ja trotz des zivilen Oberkommissars an der Spitze im wesentlichen als eine Militärregierung schlimmster Art sich entpuppt hat, es mit aller Macht darauf anlegt, sich schleunigst alle Sympathien zu verscherzen und man kann schon jetzt sagen, daß ihr dies im hervorragenden Maße gelungen ist. Die fortdauernden Streiks, die jüngsten Unruhen in Straßburg reden in diesem Punkte eine deutliche Sprache. Nicht nur in der Arbeiterschaft hat die Unzufriedenheit einen starken Grad der Gährung erreicht, auch in den Kreisen der elsässischen Intelligenz beginnt es zu dämmern, daß doch nicht alles Heil bei Frankreich liege und daß, wenn man schon einen Militarismus gegen den anderen eintauschen mußte, bei einer vergleichenden Betrachtung der deutsche nicht schlecht abschneidet. Was immer auch der Elsässer dem deutschen System vorwerfen konnte — und das war zugestandenermaßen nicht wenig — er hat doch heute erkennen gelernt, daß die deutsche Verwaltungs- und Organisationsmethode gegenüber dem französischen Verwaltungsregime einen unbestreitbaren Grad der Ueberlegenheit besitze, den einsichtige Franzosen, selbst wenn auch mit Bedauern und widerwillig haben erkennen müssen. Erst jüngst begegnete man wieder in der „Humanité" solch beweglicher Klage über die Vorzüge des deutschen Systems. Ein Urteil über den Verfall der Straßburger Bibliothek unter der französischen Verwaltung ist geradezu ein begeisterter Hymnus auf deutsche Methodik und Organisationskunst, denen Frankreich bis zur Stunde nichts Gleichwertiges an die Stelle zu setzen gewußt habe. Wir in Deutschland haben allen Anlaß, solche immer offenkundiger zutage tretende Ernüchterung der Elsässer als wertvollste Anerkennung dessen, was Deutschland für das ehemalige Reichsland geleistet, zu deuten.

Streiks in Paris.

WTB. Paris, 25. August. In einer Versammlung der Dock-, Lager- und Kohlenarbeiter wurde einstimmig der Generalstreik beschlossen. Die Schiedskommission hatte die achtstündige Arbeitszeit, einen Tagelohn von 18 Franken und als Lohn für Ueberstunden 4 Franken festgesetzt. Die Versammlung hielt jedoch an dem kürzlich gefaßten Beschluß auf Achtstundentag und 20 Franken Tagelohn bei Unterdrückung von Ueberstunden fest. Die Dockarbeiter beschlossen, nur nach voller Erfüllung ihrer Forderungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Kurze Notizen.

Rücktritt August Winnigs. Der „D. Allgem. Ztg." wird die Nachricht, daß der jetzige Gesandte der Deutschen Republik bei den Regierungen von Lettland und Estland Winnig von dieser Stellung zurücktritt, von zuständiger Stelle bestätigt. Dagegen wird Winnig seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für Ost- und Westpreußen und als kommissarischer Oberpräsident von Westpreußen weiter ausüben.

Der Uebergang der Finanzverwaltung Badens auf das Reich findet am 1. Oktober statt. Die Stelle des Präsidenten des Badischen Landesfinanzamtes wird Finanzminister Dr. Wirth neben seiner Stellung als badischer Finanzminister verwalten.

Die Meuterei englischer Soldaten niedergeschlagen. „Nieuwe Rotterd. Courant" meldet aus London, daß die 200 britischen Soldaten, die den Gehorsam verweigert hätten, von drei Kompagnien des aus Portsmouth herbeigeholten Sussex-Regiments in dem Park, wo sie übernachteten, umzingelt und nach einer Stunde Bedenkzeit, ohne Widerstand zu leisten, verhaftet wurden.

Englandfeindliche Bewegung in Amerika. Englischen Blättern zufolge organisieren die Sinnfeiner in Washington eine auf ganz Amerika sich erstreckende englandfeindliche Propaganda.

Amerika will Abänderung des Friedensvertrages. Wie das Pressebüro Radis aus Washington meldet, hat der Staatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten eine vom Senator Lodge vorgeschlagene Abänderung des Friedensvertrages angenommen, der zufolge China statt Japan den Hafen von Schantung übernimmt.

Psyche.

9)

Novelle von Theodor Storm.

Die Alte nickte. „Und wie sie flogen, wenn sie lief und sprang!"

„Aber, Kathi, ging sie denn niemals ordentlich, so wie ich und andere Menschen?"

„Das Frölen meint, so wie vorhin den Deich herunter." Und die Alte streichelte mit ihrer harten Hand den Kopf des schönen Mädchens, das lachend zu ihr aufblickte. „Ja, ja, es hat richtig genug nachgeeerbt! — Aber einmal, eines Morgens, da ging's mit dem Springen noch nicht hoch genug! Auf der sieben Fuß hohen Gartenmauer saß das Dingelchen mit ihrem Lehnstühlchen, mit ihrem Kindertischchen und ihrem ganzen Puppenteeservice darauf. An der Mauer stand ein alter krummer Springenbaum; daran hatte sie das alles hinaufgearbeitet und sich selber auch; und nun saß sie da, wie in 'ner Laube, mitten zwischen all den Blüten, die just damals aufgebrochen waren."

— Die Mädchenknospe neckte ihre alte Freundin nicht mehr; nicht nur die kleinen Ohren, auch der geöffnete Mund und die dunkeln Augen schienen die Geschichte mitzuhören. —

„Ich war die Kindsmagd für das jüngere Schwesterchen, für die Frau Tante Elsabe," fuhr die Alte fort; „ich sollt' wohl auch nach der Mama sehen; doch wer konnt' allzeit den Wildfang hüten? Und das Stück Mauer war ganz unten in dem großen Garten, wo nicht alle Tage einer hinkam. — Aber heute, just da das Spiel am schönsten war, mußten wir nun doch dahintommen; der Herr Bürgermeister hatte noch seinen gebliimten Schlafrock an und die Zipfelmütze auf dem Kopfe. Er war immer ein leutseliger Herr gewesen. „Komm, Kathi," rief er; „nimm die kleine Elsabe auf den Arm; ich will euch mein Rannunkelbeet da oben an der Mauer zeigen!" — — Aber, was sahen wir, Frölen, was sahen wir!" — Das Frölen nickte. — „Da saß das feine Dingelchen auf der halsbrecherischen Mauer, wie die Prinzeß im Kinderbuntje, und die Blumen hingen um sie herum; sie rührte eben mit einem Löffelchen in der kleinen Tasse, die sie in der Hand hielt, und brachte sie dann an den Mund, als wenn sie wirklich tränke, und nickte ihrer großen Puppe zu, die auch, in einem Korbstühlchen, ihr gegenüber an dem Tische saß. — Es schlug mir durch die Glieder; ich hätte bald das Tantchen Elsabe ans meinen Armen fallen lassen, und dem Herrn Bürgermeister stiegen die Haare und die Zipfelmütze in die Höhe; da stand er in seinem schönen Schlafrock und wagte weder A noch B zu sagen. — Doch nun war es uns gewahr geworden: „O Papa! — Papa und Kathi!" sagte sie erstaunt und breitete ganz plötzlich das Tüchchen zu uns hin. — Aber Papa winkte nur stumm mit seinen Händen. — „Was soll ich, lieber Papa, Soll ich zu ihr hinunterkommen?" — Gleich, gleich! Aber dann fang, Papa!" — Und eh' wir's uns versahen, warf sie dem Herrn Bürgermeister alle ihre Puppentäschchen und Löffelchen zu, und er sagte gar nichts und suchte sie nur, so gut er konnte, einzufangen. Und dann, als das Tischchen leer war, nahm sie ihre Puppe in den Arm, ging wie ein Seiltänzer ein paar Schritte auf der runden Mauer hin, und — Herr Jesus! ich und der Herr Bürgermeister und das Tantchen Elsabe schrien alle miteinander auf — da flog der kleine Unband mit der großen Puppe selbst herab und mitten in des Herrn Bürgermeisters Rannunkelbeet hinein!"

Die Augen des jungen Mädchens glänzten. „Weißt du, Kathi," sagte sie. „Mama muß reizend gewesen sein! Hätte ich sie so nur einmal sehen können! — Meine Mama ist noch reizend, und jung, Kathi! Ich glaub', sie könnt' noch heute von der Mauer springen."

Die Alte schüttelte den Kopf. „Was das Frölen für Gedanken hat! Aber freilich, dazumalen gab's Tag für Tag was Neues mit dem hübschen Kindchen."

Sie hatte eben zu weiterem Erzählen die Hände übers Knie gefaltet, als die Tür des Schuppens von einem Windstoß aufgerissen wurde; ein vorbeifliegender Brachvogel stieß seinen weithinschallenden Schrei aus; vom Ufer herauf konnte man das Wasser flatschen hören.

Die leichte Gestalt des Mädchens stand plötzlich hoch aufgerichtet vor der Alten. „Oh, du betrügerische Kathi," rief sie und hob drohend ihre kleine Faust; „nun merk' ich's erst, du wolltest mich hier festerzählen, bis deine große Tombaktuhr auf eins marschierte und ich dann zu Mama nach Hause müßte! Aber diesmal, Kathi!" — — Noch einen anmutigen Knix vor der Alten, und schon war sie draußen und machte mit den kleinen Händen eine Schwimmbewegung in die Luft.

Die Alte war mit hinausgelaufen; aber sie sah ihr Spiel verloren. „Nur ums Himmels willen, Kind! Sie wollen doch heut' nicht aus dem Floß hinausschwimmen?"

„Und warum nicht, Kathi? Du weißt ja, ich versteh's! Und ich sag' dir, es wird 'ne Lust!

Der Fisch und der Vogel,
Der Wind und die Wellen
Sind alle meine Spielgesellen!"

Und singend schritt sie über das grüne Vorland zum Ufer hinab, den schönen Kopf dem Winde zugewandt; über den nackten Füßchen flatterte das leichte Sommerkleid.

Kopfschüttelnd ging die Alte in ihren Schuppen zurück. Strümpfe und Schuhchen ihres Lieblings, die diese allerdings von den Ruhebank hatte liegen lassen, legte sie fein beiseit; dann goß sie aus einem Kruge Wasser in einen kleinen Blechkessel und zündete die Spritmaschine an. „Das Kind wird heute auch wohl eine Tasse nehmen," sagte sie, indem sie eins der braunen Kännchen von dem Regal herabnahm und den Inhalt des Kaffeetüchchens in den darausgesetzten Trichter leerte.

Aber es ließ ihr doch keine Ruhe; ihr war wie der Henne, die einen Wasservogel ausgebrütet hat. Ein paarmal hatte sie schon den Kopf zur Tür hinausgestreckt; jetzt lief sie vollends an den Strand hinab. Der Steg zum Badeloch war völlig überschwemmt, so daß das schaukelnde Bretterhaus ohne alle Verbindung mit dem Lande schien. Weithin dehnte sich die grünwogende Wasserfläche; das jenseitige Vorland war so weit überflutet, daß ihre Augen nur noch unendlich dort den grünen Ufersaum erkennen konnten. — „Frölen!" rief sie; „Frölen!"

Es kam keine Antwort, der Wind hatte vielleicht ihren Ruf verweht; aber ein Plätschern scholl jetzt aus dem Floß herauf. Und zufrieden nickend, trabte die Alte wieder in ihren Schuppen

• • •

Drüben auf dem ersten Floß in dem gemeinsamen Aufkleidraum hatten indes die jungen Männer auch geplandert. Der größere mit dem braunen Lockenkopf war ein junger Bildhauer und erst vor einem Vierteljahre aus Italien und Griechenland in die norddeutsche Hauptstadt, seinen Geburtsort, zurückgekehrt; vor einigen Tagen war er noch eine Strecke weiter nördlich, in diese Küstenstadt, gegangen, um endlich den Freund wiederzusehen, mit dem er während beider Studienzeit im südlichen Deutschland im innigsten Verkehr gelebt hatte. Die Tage ihres jetzigen Beisammenseins hatten noch lange nicht gereicht, die Fülle der Erlebnisse zu erschöpfen, die es sie beide drängte, einander mitzuteilen.

„Und du willst wirklich schon heute abend wieder fort und mich in meinem Altenstaub allein lassen, nachdem du diese Fülle für Gesichte vor mir heraufbeschworen hast?"

Halb lächelnd, halb sinnend blickte der junge Künstler auf den Freund. „Warum griffest du nicht selbst zu Kittel oder Pinsel? Jetzt nimm es als dein Schicksal und trag es, wie dein Stammbaum dich!"

„Aber das ist kein Grund, mich heut' schon zu verlassen!"

„Ich muß, Ernst! Ich habe meiner Mutter versprochen, spätestens morgen wieder bei ihr zu sein; und überdies — du weißt ja, meine Brunhilde beunruhigt mich." Er fuhr mit der Hand durch seine braunen Locken, und über den grauen, hellblickenden Augen faltete sich seine Stirn wie in beginnender geistiger Arbeit.

„Brunhild!" wiederholte der andere, „ich begreife doch noch immer nicht, wie du gerade an die gekommen bist!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190826-13/fragment/page=0003

Aus aller Welt.

Berlin. Der Massenmörder von Falkenhagen. Der Schlosser Friedrich Schumann aus Spandau hat unter der Last der sich häufenden Beweise eingestanden, daß er außer dem bereits von ihm zugegebenen Mord an dem Förster Nilbok noch eine Reihe anderer Morde und Mordversuche begangen hat, die seit Jahren die Bewohner von Falkenhagen und Umgebung in Aufregung hielten. Auf Schumanns Konto sind nach den bereits abgelegten Geständnissen fünf Morde zu setzen. Im Mai 1917 überraschte der Nachtwächter Engel aus Falkenhagen ihn bei einem Einbruch, worauf Schumann den Beamten kurzerhand niederschoß. Im Juni 1918 versuchte er eine Frau zu vergewaltigen, wurde aber durch den auf ihren Hilferuf herbeieilenden Lehrer Paul verscheucht. Er schwor dem Lehrer Rache, stickte ihm einige Tage später das Haus an und schoß ihn nieder. Eingestanden hat er, daß er Pfingsten 1919 den Arbeiter Kimitt und dessen Braut Bertha Reich ermordet hat. Beide überwachten er in einem Zelt am Falkenberger See. Schumann lockte Kimitt heraus, schoß ihn nieder, vergewaltigte dann die Reich und erschoß auch sie. Er warf die Leichen in den See, wo sie später aufgefunden wurden. Als jüngster Mord ist nun die Niederschießung des Försters Nilbok dazu gekommen. Schumann hat auch eine große Zahl Mordversuche eingestanden, die er in den Jahren 1916 und 1917 hauptsächlich auf Wandervögel verübte. Angeschossen wurden von ihm ein Kaufmann G., ein Kanonier H. aus Döberitz, der einen Lungenschuß erhielt, der Falkenhagener Förster, den er schwer verletzte, ein Soldat und dessen Braut, die er im Walde überfiel. Er überfiel ferner eine in Falkenhagen wohnende Frau M., schoß auf sie, stickte einige Wochen später ihre Villa an und verübte nach einiger Zeit dort noch einen Einbruch. Auch auf den vorster Nilbok, der jetzt dem Mordbuben zum Opfer gefallen ist, hatte er früher schon einmal geschossen. Er hat auch zugegeben, in den letzten Jahren im Falkenhagener Forst über zwanzig Frauen vergewaltigt zu haben. Erst die Ermordung des Försters Nilbok führte dazu, daß der kaltblütige Massenmörder entdeckt und dingfest gemacht wurde. Die Beweggründe zu dieser langen Reihe seiner Untaten sind noch nicht klar. Er selber hat in seinen Geständnissen meist die Darstellung gegeben, daß er sich über die betreffenden Personen geärgert und deshalb auf sie geschossen habe. Früher wurde vermutet, daß der geheimnisvolle Falkenhagener Schütze ein geisteskranker Soldat sei. Bei Schumann soll von Geisteskrankheit nichts zu merken sein; doch ist gegenüber dieser beispiellosen Mordsucht eine andere Erklärung kaum denkbar.

Berlin. Zwei neue Krater am Vesuv. Aus Rom läßt sich das „Berl. Tagebl." melden, daß auf der Südseite des Monte Somma am Vesuv sich plötzlich zwei Krater geöffnet hätten, aus denen Lavaströme in das Infernotal flössen, ohne daß vorläufig irgend welche Gefahr bestehe.

Berlin. Gefährlicher Kleiderstoff. In Berlin ist ein junges Mädchen dadurch verbrannt, daß sein seidenes Kleid in Brand geriet, als sein Begleiter ihr eine Zigarre anzündete. Das Kleid verbrannte im Augenblick. Wie jetzt die Untersuchung in der Staatlichen Nahrungsmittel-Untersuchungsstelle im Polizeipräsidium ergeben hat, war der Stoff ein gelbliches Diagenalgewebe, das äußerlich mikroskopisch der Kunstseide völlig ähnelte, im übrigen aber die Eigenschaft der Schießbaumwolle hatte. Insbesondere war es ungemein feuergefährlich und verbrannte sofort, wenn es nur mit einem glühenden Gegenstand in Berührung kam. Es handelte sich auch hier offenbar um Stoffe, die zur Munitionsbereitung dienen sollten, und die der Militärverwaltung gestohlen und so in den Handel gekommen waren.

Duisburg. Drei Millionenschaden durch Großfeuer. Das große Güterlager der holländischen Firma William Pont im Duisburger Hafen ist durch ein gewaltiges Schadenfeuer in Asche gelegt worden. Neben Holzvorräten im Werte von 100 000 Mark sind umfangreiche Futtermittel, die dort lagerten, ein Raub der Flammen geworden. Gewaltigen Schaden haben die Reichsstellen für Obst und Gemüse und für Futtermittel in Berlin erlitten, für deren Rechnung Dörrgemüse und Futtermittelvorräte im Werte von zwei Millionen Mark in den Anlagen lagerten. Die Vorräte sind vollständig vernichtet. Der Brand dauert seit 24 Stunden an und dürfte erst nach mehreren Tagen vollständig gelöscht werden. Der durch das Großfeuer angerichtete Schaden beträgt annähernd drei Millionen Mark.

München. Unfall beim Schaufliegen. Ueber dem Tegernsee hielten die bekannten bayerischen Fliegeroffiziere Udet und Geim Schau- und Kampfflüge ab. Bei dieser Gelegenheit kam der Apparat des letzteren mit einer Hochspannungsleitung in Berührung und stürzte in den See. Geim trug keinen erheblichen Schaden davon; aber seine Maschine traf im Sturze die Insassen eines Bootes, und zwar den Bruder des Schriftstellers Ludwig Thoma und eine Frau Günther und deren Kinder, die getötet wurden. Die Schauflüge wurden sofort eingestellt.

Christiania. Frankreich handelt mit Kali. Zwischen der norwegischen und französischen Regierung finden, wie aus Christiania gemeldet wird, Verhandlungen statt wegen Lieferung von jährlich 40 000 Tonnen elsässischen Kalis fünf Jahre hindurch.

Paris. Die Minengefahr für den Schiffsverkehr. Wie Havas aus Calais meldet, ist der holländische Dampfer „Luna", mit verschiedenen Waren nach Amsterdam unterwegs, gestern morgen auf eine Mine gestoßen. 26 Mann der Besatzung wurden durch ein englisches Kriegsschiff geborgen.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Einbau von Vorrichtungen, die es ermöglichen, der städtischen Gasleitung auch während der Sperrstunden Gas zu entnehmen, nur mit Genehmigung der unterzeichneten Verwaltung zulässig ist.

Etwaigen Anträgen sind Zeichnungen und Beschreibungen der Anlagen beizufügen. Soweit derartige Einrichtungen bereits vorhanden sind, ist ihre nachträgliche Genehmigung alsbald nachzusuchen.

Halle, den 23. August 1919.

Die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Mittwoch, den 27. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 25 001 bis 28 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 28 001 bis 31 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 60 Gramm zum Preise von 40 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Etwähtes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Kefao (Nachlieferung) an Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre am Mittwoch, den 27. August, in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—38 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 38 001—74 000 nachm. von 2—6 Uhr. Diejenigen Personen, welche nach im Besitze des Abschnittes P der besonderen Bezugscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre sind, können noch 55 Gramm zum Preise von 1 Mk. einnehmen. Der Abschnitt P verliert mit dem obigen Tage seine Gültigkeit. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch auf den Abschnitt 15 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Krawetz, Diesdorfer Str. 6, Milchhändler Wetzel, Kellnerstr. 8, Milchhändler Schönberg, Geiststr. 12, und Milchhändler Harnisch, Schiffelbrücke 11. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pf. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 30. August 1919 abzuliefern.

Halle, den 26. August 1919.

Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Tagesordnung

der Stadtverordnetenversammlung am Freitag, 29. August 1919, nachm. 6 Uhr.

1. Einführung der Stadtverordneten Frau Zirnstein; 2. Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder, Deputationen und Kommissionen; 3. Ankauf des Volkshauses; 4. Regelung der Gemeindeeinkommensteuerung für 1919; 5. Beschaffung von Inventar für das Steuerbüro; 6. Errichtung einer Personalfeuerwehrstelle; 7. Aufwandsentschädigung an unbesoldete Magistratsmitglieder und Stadtverordnete; 8. Beschaffung von Schulbänken für das Lyceum; 9. Ueberschreitung des Haushaltsplanes Abschnitt VI A Tit. I e 33; 10. Desgl. Abschn. VI II. A. 1; 11. Desgl. Abschn. XX. 33; 12. Gewährung einer Kurbeihilfe; 13. Entschädigung für die Leitung der Ruderabteilung; 14. Neueinrichtung der Volksbibliothek; 15. Regelung der Anstellung eines Beamten; 16. Endgültige Anstellung eines Beamten; 17. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kinderschutzkommission; 18. Neuwahl eines Beisitzers für das Mieteinigungsamt; 19. Ersatzwahl eines Bezirksvorsteher-Stellvertreters für den 16. Bezirk; 20. Wahl eines Schiedsmann-Stellvertreters für den 2. Bezirk; 21. Wahl von Stadtverordneten und Bürgern in den Schulausschuß.

Weißenfels, den 25. August 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
J. V.: Müller.

Städtischer Aepfelverkauf.

Dienstag, den 26. August 1919, gegen Abgabe der Lebensmittelmarke 237 ein halbes Pfund Aepfel zum Preise von 25 Pfg von morgens 8 Uhr auf dem Marktplatze für die Inhaber der alten Lebensmittelstammkarten Nr. 16 001—21 000.

Walhalla-Operettentheater.
Nur noch wenige Aufführungen!
Das Gesetz.
Soziales Drama.
Gastspiel: **Curt Wilke.**
Kasse v. 10-1½ u. 4-6

Zum Landhaus
Merseburger Strasse 65
Mittwoch
BALL.

Schluss der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.

Bad Wittekind.
Mittwoch, d. 27. August 19. abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt
unter Mitwirkung der
Männerchor-Liedertafel.
Leitung: Liedermeister H. Schulze
Eintrittspreise:
für Erwachsene 75 Pfg.
„ Kinder 40 „
Nachzahl. f. Abonnenten Erwachsene 50 Pfg.
Kinder 25 „
Freitag, d. 29. August 19. abends 8 Uhr:
Ehrenabend
f. Kapellmstr. O. Haupt.

Thalia-Theater.
Kein Kino! Kein Kino!
Täglich abends 8 Uhr
das mit grossem Beifall aufgenommene Schauspiel
Verlorene Töchter.
Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.
Vorverkauf: Zigarren-Geschäfte Nowak & Schmidt, Geiststraße 22, Fechtplatz, Gr. Ulrichstr., Max Schulz, Gr. Ulrichstr., Gebr. Gr. Schmidt.

Hippodrom
Wintergarten.
Täglich von 8 Uhr abends ab
Spezialitäten-Vorstellung.
Nach der Vorstellung
Reitfest.

Anna Theuring
nur Grosse Wallstrasse 42 :: Tel. 4263
zahlt immer noch
die besten Preise
für Lumpen, Knochen, Papier, Bücher, Zeitungen, Felle, Alt-Eisen, Metall-Abfälle, Weinflaschen etc.
Freie Abholung! Freie Abholung!

Geflügel-ungeziefer
tötet man sofort mit
„Jucksin".
Die sofortige Wirkung ist geradezu erstaunlich.
„Eiverge",
e. G. m. b. H.,
Gr. Märkerstraße 5.

Apollo-Theater
Heute abend 8 Uhr
Zum letzten Male:
Förster-Christl.
Mittwoch, d. 27. August:
Erstaufführung:
Die **tolle Komteß.**
Operette v. W. Kollo.
Zutte Emmy Storm a. G.
Vorverk. 9 u. 3-½7.

Nähmaschinen- u. Fahrrad-Spezialgesch.
nur erstklassige Fabrikate.
Spezial-Reparaturwerkstatt für Nähmaschinen :: Fahrräder :: Grammophone usw. aller Systeme.
Oele. — Ersatzteile. — Nadeln.
W. Weinholz, Mechaniker. Schulstr. 13.

Mozartsaal, Mittwoch, 27. Aug., 7½ Uhr:
FRITZ **Paulsen** aus Wien.
Das telepathische Wunder.
Zum 1. Male in Deutschland!
Telepathie — Wachsuggestion — Phantomexperimente — Indischer Fakirismus.
Verblüffende Experimente, die z. T. noch niemals gezeigt wurden.
Eine unbändige Kraft wohnt in Fritz Paulsen. — Bei keinem Telepathen drängt das Wunder so stürmisch zutage, wie bei ihm, — Er ist eine phänomenale Erscheinung.
Karten bei Heinrich Hothan und an der Abendkasse.

Kinder-, Volks- und Gartenfeste!
Tragstäbe für Kinder, Stocklaternen, Kinder-, Belustigungs- und Verlosungs-Artikel, sowie Saal- u. Zeltdekorationen, Girlanden usw. in grosser Auswahl bei
Paul Lange, Merseburger Str. 168, (Nähe Riebeckplatz).

Verein für Feuerbestattung
in Halle a. d. S. u. Umgegend e. V.
Mitgliederzahl etwa 1500. Jahresbeitrag 3 Mk.
Wir unterstützen unsere Mitglieder bez. deren Angehörige mit Rat und Auskunft in allen Fragen der Einäscherung und zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft M. 30.— bis M. 100.— Zuschuss. Anmeldungen neuer Mitglieder durch Postkarte erbitten
Der Vorstand.
Tel. 1293 (Vorsitzender). Tel. 3817 (Kassenführer)

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Wieder vorrätig:
Gesetze und Verordnungen der sozialistisch. Republik.
Ein Leitfaden durch die neu erlassenen wichtigsten Gesetzvorschriften und Verordnungen. Preis: 1 Mk
— Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen. —

Fellsammler
und sonstige Häute- und Fellfabrikanten erhalten dch. Anfuhr oder Abnahme höchste Tagespreise.
Gebr. Danglowitz,
Fischerplatz 2, Tel. 1178.

Wollene Schlafdecken
zu verkaufen bei
Albert Martick Nachfolger
Halle, Alter Markt 2.

Gestreifte Hosen
in Friedensware, neu, Gehrock-Anzug, einmal getragen Mk. 225.—, Winter-Joppe und Mäntel-Jacke verkauft billigst
Steinweg 46 47, II. 5826

Moderne, eichen schlichte
Schlafzimmer
mit Matratzen sofort lieferbar 5746 für Mk. 1600.—
Albert Martick Nachfolger
Halle (Saale), Alter Markt 2

Fahrradmäntel und -Schläuche
prima Qualität, Garantie 185 Mk., jeden Posten zu haben bei
W. Weinholz, Schulstr. 13.

Neu erschienen:
Der Mißbrauch der Revolution
von Erdmann jun.
In diesem Heft wird die zum Ruin des Volkes führende Politik der Unabhängigen u. Kommunisten geschildert.
Preis 80 Pfg.
Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen.
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Beste Wasch-Seife
kauft man am billigsten bei
Otto Bernstein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Papiergirlanden
zur Ausschmückung bei
Rückkehr unserer Gefangenen
empfiehlt 5822
Bock & Füssl, Grünstr. 29.

in freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 20 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

F. Noah,
Leipziger Straße 16
— Tel. 1649. —
Schuhmacher. Schuhfabrik,
Älteste am Platze, gegründet 1872.
Maschinenbetrieb, „orthopädische", für kranke und gesunde Füße. Sachgemäße, Leder wird bestens verarbeitet.

Metall-Giessermeister.
Hallesche Metallgießerei sucht Hilfsmeister in dauernde Stellung. Gesuchter muß mit Hand- und Maschinen-Formerei vertraut sein und das Schmelzen übernehmen können. Angebote mit Zeugnisabschriften unter U. R. 2809 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4, erbeten.

Stellen finden.

In hiesiger Gemeinde ist die Stelle des Beisitzers

Gemeindevorstehers und Standesbeamten

möglichst bald zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf 12 Jahre.

Vorbehaltlich der Genehmigung des Kreisausschusses beträgt das Grundgehalt 3600 Mk., steigend alle 3 Jahre um 400 Mk. bis zum Höchstgehalt von 4800 Mk. Außer diesem Gehalt werden die jeweiligen Teuerungszulagen gewährt, ferner freie Dienstwohnung im Werte von 360 Mk.

Für die Pensionierung und Hinterbliebenenversorgung finden die Regierungsbestimmungen der neuen Landgemeindeordnung Anwendung.

Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften sind bis zum 6. September d. J. an den Gemeindevertreter Friedrich Petrich hier Bergstr. 4 einzureichen.

Bodwitz (Kreis Liebenwerda), den 22. August 1919.

Die Gemeindevertretung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190826-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. August 1919.

Bildungsausschuß der S. P. D. für Halle-Saalkreis.

Der Bildungsausschuß unserer Partei für Halle hat sich gebildet und wird in der nächsten Zeit sein Programm für den kommenden Herbst und Winter veröffentlichen. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden des Ausschusses, Genossen Max Seydewitz, Große Brauhausstraße 17, zu richten.

Zugeinschränkungen schon vom 1. September ab?

Wie der „Kor.-Anz." von maßgebender Seite hört, werden voraussichtlich bereits vom 1. September ab infolge des Kohlenmangels weitgehende Zugeinschränkungen Platz greifen müssen. Es sind in den östlichen Bezirken Kohlenvorräte nur noch etwa für kaum eine Woche vorhanden, während es im südlichen Deutschland um den Kohlenvorrat noch schlimmer bestellt ist. Die bereits zwischen den einzelnen Eisenbahndirektionen gepflogenen schriftlichen und mündlichen Verhandlungen über diese Frage werden noch in dieser Woche in einer zusammenfassenden Besprechung zu einer Entscheidung gebracht werden. Es ist bereits als ziemlich bestimmt anzunehmen, daß diese Entscheidung im Eisenbahnverkehr sich vorwiegend auf die Sonntage erstrecken wird, an denen eine weit geringere Zahl der Züge zu erwarten ist.

Du!

In der „Münchner Post" schreibt Heinz Potthoff: Der Streit um die Schuld am Kriege und an Deutschlands Zusammenbruch wogt immer höher. Er wird uns zum endgültigen Zusammenbruche führen, wenn die Erkenntnis nicht obsiegt, daß du selbst der Hauptschuldige bist. Sage nicht, daß du den Krieg und die vielfachen Verletzungen des Völkerrechts — und der Neutralität nicht gewollt. Du gehörst zu deinem Volke, und dein Volk hat diesen Krieg geführt; es hat ihn auch verschuldet, weil es ihn nicht verhindert hat. Du brauchtest ja nur zu wollen, du mit deinen Millionen Volksgenossen, und Deutschlands Verfassung wäre anders, die Kriegshetzer wären weggefegt, und Volksmänner hätten die Führung. Du bist schuld, wenn unsere Vertretung im Auslande versagte. Du ganz allein.

Sieh dir dein Volk an und fühle, es kam so — weil du deine Pflicht nicht getan hast. Drei Viertel von den Millionen kümmern sich herzlich wenig um Deutschlands Not; wünschen, daß sie nicht zu ihrer eigenen Not werde. Sie zechen, jubilieren, tanzen, heute wie in den Tagen, da Hunderttausende auf den Schlachtfeldern sanken, wie an dem Tage, da die zitternde Feder einen deutschen Namen unter das Todesurteil Deutschlands setzte. Die einen ahnen nicht, was dieser Friede bedeutet. Die anderen wollen pfiffig die Not in eigenen Vorteil kehren; sie machen Geschäfte mit dem Feinde gegen die Volksgenossen, schmuggeln ihren Besitz in die Fremde, um nur ja nicht tragen zu müssen an dem Schaden, den sie mitverschuldet. Schlimmer als aller Wahnsinn militärischer Führer hat die Gewinnsucht der Lumpen Deutschlands Kraft gebrochen.

Deutschland ist auf lange Zeit politisch, wirtschaftlich und moralisch erledigt, wenn du nicht hilfst. Keine Ausflucht! Du hast dich und uns alle in diese Not gebracht. Du mußt uns hinaushelfen, wenn noch ein Restchen von Vaterlandsgefühl, von Willenskraft und Scham in dir steckt. Du und alle anderen auch. Aber du bist der nächste dazu! Politisch ist nichts zu machen; auf dem Weltheater hat Deutschland ausgespielt auf lange Zeit. Je weniger groß wir reden, je strenger wir uns auf Ordnung unserer inneren Angelegenheiten beschränken, desto besser. Wirtschaftlich stehen wir vor schwersten Aufgaben: wir müssen arbeiten, wie ein Volk noch niemals arbeiten mußte, mit freudiger Hingabe, um die Bedingungen dieses Friedens erfüllen zu können, ohne selbst zu verhungern, noch dem Feinde einen Vorwand zu geben, uns weiter zu quälen. Aber moralisch sind wir frei. Deine und der anderen Unmoral hat uns dahin gebracht, wo wir heute liegen, blutend aus tausend Wunden. Du und die anderen müssen es schaffen, daß Deutschland wieder aufstehe und die Achtung der Völker wieder erringe.

Weg mit der Gleichgültigkeit um das Schicksal deines Volkes! Dein Volk bist du selber, sein Schicksal ist das deine. Weg mit der verruchten Sucht, aus der Not der anderen Vorteil zu ziehen! Weg mit der feigen Drückebergerei! Fühle es, nur an dir allein, an deinem Gemeinsinn, an deiner sozialen Erkenntnis, an deinem Willen allein kann Deutschland gesunden. Und zögerst du nicht, dein Pflichtgefühl zu lebendiger Tat zu machen, soll uns aus der Niederlage noch Segen erblühen! Deine Tat soll gutmachen, was langjährigen Jagen nach anderen Erfolgen verdorben hat. Das deutsche Volk, bisher politisch nur eine Hammelherde, muß ein demokratisches Volk werden, eine Gemeinschaft von Männern, entschlossen, ihr Schicksal mit eigenem Hammer zu schmieden.

Die Erneuerung muß aber bei dir anfangen. Gerade bei dir!

Zur Frage der Gefangenenbefreiung.

Trotz der entschiedenen Erklärung, die der Reichsminister des Aeußeren vor einiger Zeit in der Gefangenenfrage in der Nationalversammlung abgab, hört die Hetze gegen die Regierung nicht auf. Immer wieder wird systematisch die Behauptung aufgestellt, sie tue absolut nichts zur Befreiung unserer unglücklichen Landsleute in den Gefangenenlagern unserer Feinde. Alle Augenblicke werden angebliche Gefangenenbriefe veröffentlicht, in denen die Gefangenen laute Klagen und Vorwürfe gegen die Regierung erheben. Außerordentliches darin leistet sich die „Hallesche Zeitung". Angesichts dieser Hetze kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der Regierung alle Machtmittel, die eventuell zur Befreiung unserer Gefangenen in Anwendung kommen könnten, fehlen. Außerdem ist die Entente formell völlig in ihrem Recht, denn der Friedensvertrag bestimmt, daß die Gefangenen sofort nach Inkrafttreten des Vertrages heimgeschickt werden sollen. Der Friedensvertrag tritt aber erst dann in Kraft, wenn er von drei Ententestaaten ratifiziert worden ist, das ist bis heute noch nicht geschehen und wird voraussichtlich vor Mitte September nicht der Fall sein. Bis dahin kann also auf eine Heimsendung unserer Kriegsgefangenen nicht gerechnet werden. So schmerzlich diese Tatsache nicht nur für die Angehörigen der Gefangenen sondern für das ganze Volk, insbesondere für die verantwortlichen Männer ist, so muß doch mit aller Energie gegen diese Hetze gegen die Regierung Front gemacht werden. Jeder weiß, daß die Regierung alles tut, und auch in Zukunft alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um endlich unsere unglücklichen Landsleute in die Heimat zurückkehren zu lassen.

Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Kriegsgefangenen. Am nächsten Donnerstag, den 28. August, werden Frau Tittel und Frau Letz über den Empfang der Abordnung deutscher Frauen seitens des Reichskanzlers, des Ministers des Aeußeren und der Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar berichten. Es soll außerdem Beschluß gefaßt werden über die Aufbringung ausreichender Mittel zur Entsendung zahlreicher deutscher Frauen und Mütter von Kriegsgefangenen ins neutrale Ausland, die sprachkundig und der freien Rede mächtig sind und gute verwandschaftliche Beziehungen haben. Die Versammlung findet abends 8 Uhr im Kriegsgefangenenheimkehr-Heim im Personenbahnhof statt, Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte des Frauenbundes oder Volksbundes zwischen ½8 und 8 Uhr von der Thüsenstraße aus.

Sitzung der vereinigten Ackerräte des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Herr Prof. Dr. Abderhalden schreibt uns: Am Freitag, den 22. d. Mts., hatten sich etwa 70 Ackerräte zu einer Versammlung eingefunden. Es waren alle Aecker vertreten. Aus der lebhaften Aussprache ist besonders das folgende hervorzuheben:

1. Alle Kleinpächter, die sich der Pflicht zu wachen entziehen, sollen von der Weiterpacht ausgeschlossen sein.
2. Diejenigen Aecker, deren Kleinpächter sich nicht organisieren, d. h. die anberaumten Versammlungen nicht besuchen und einen Ackerrat nicht wählen, sollen nicht mehr gepachtet werden. In Frage kommen eine ganze Reihe von Ackern speziell im Süden der Stadt.
3. Eine sehr lebhafte Aussprache rief der Umstand hervor, daß der Saalanger vom Besitzer gekündigt worden ist. Die Erregung unter den Kleinpächtern des Saalangers ist sehr groß. Zu ihrer Beruhigung konnte mitgeteilt werden, daß die Kündigung gesetzlich gar nicht zulässig ist.
4. Einstimmig wurde beschlossen, den Mitgliedsbeitrag für den Bund auf mindestens 2 Mark zu erhöhen. Die Erhöhung ist bedingt durch vermehrte Kosten der Geschäftsstelle. Vor allen Dingen sollen auch die Unkosten der Ackerräte vom Bunde übernommen werden.
5. Von verschiedenen Seiten wurde die Gründung einer besonderen Zeitung für die Kleinpächter gewünscht. Eine weitere Versammlung der Ackerpächter wird Mitte September folgen. Die Bedeutung der Ackerräte hat sich in fast allen Fällen in ausgezeichneter Weise bewährt. Die Ackerräte wachen über die richtige Ausnutzung der Parzellen. Sie erteilen Rat, organisieren die Bewachung der Aecker, schlichten Streitigkeiten, organisieren die Einsäuerungen der Ackerstücke, die Legung von Wasserleitungen usw.

Wohnungsscheine müssen sich in dieser Woche die Einwohner von Halle, die noch keinen solchen besitzen und deren Familienname mit den Buchstaben F—K beginnen, in den zuständigen Reviermeldestellen ausstellen lassen.

Gasentnahme während der Sperrzeit. Mit Bezug auf die Bekanntmachung der städt. Gas- und Wasserwerke vom 23. 8. 19 wird besonders darauf hingewiesen, daß der Einbau der in letzter Zeit vielfach angebotenen Einrichtungen zur Entnahme von Gas auch während der Sperrstunden (Gasanger usw.) nur mit Zustimmung der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke erfolgen darf. Im Interesse der Sicherstellung der Gasversorgung und mit Rücksicht auf die Gefahren, die durch den Einbau solcher Vorrichtungen entstehen können, werden Anträge nur ausnahmsweise in ganz besonders dringenden Fällen genehmigt werden. Es empfiehlt sich deshalb, etwaige Anträge eingehend zu begründen und ihnen die erforderlichen Unterlagen mit Erläuterungsberichten beizufügen.

* **Schalteröffnung.** Vom 1. September ab werden bei den hiesigen Postämtern 1, 2 und 4 die Postschalter gleichmäßig von 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm. geöffnet.

* **Die Angestelltenbewegung im Versicherungsgewerbe.** Schlichtungsspruch im Reichsarbeitsministerium für Provisions-Generalagenturen." Am 21. August fällte auf Anruf durch den Arbeitgeberverband im Reichsarbeitsministerium der Schlichtungsausschuß einstimmig einen Spruch, der die Forderung der Angestellten auf Ausdehnung des Reichstarifes auch auf die Angestellten der Provisions-Generalagenturen voll anerkannte. Der Schiedsspruch führt aus: „. . . Sachlich hält es der Schlichtungsausschuß für eine Pflicht der Direktionen der Versicherungs-Gesellschaften, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu veranlassen, daß auch bei den Provisions-Generalagenturbetrieben gleichwertige Urkraftsträte in gleicher Weise wie bei den Direktionen, also nach dem Tarif, besoldet werden. Sollte die Erhöhung von Angestellteneinkommen bei den Agenturen infolge dieser Verpflichtung wegen der jetzigen Provisions- und Zuschußsätze nicht ohne weiteres erreichbar sein, so wird den Direktionen dringend empfohlen, durch entsprechende Aenderung der Provisions- und Zuschußsätze Abhilfe zu schaffen." — Außerdem wurde festgelegt, daß aus der Verweigerung der Direktionsangestellten, mit den bestreiten Betrieben zusammen zu arbeiten, keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen noch Rechtsansprüche gegen sie erhoben werden dürfen.

* **Transport kranker Kinder nach der Schweiz.** Der Abgang des zweiten Transportes von erholungsbedürftigen und kranken hallischen Kindern nach der Schweiz ist auf Mittwoch, den 27. ds., abends 9,50 festgesetzt. Die Kinder müssen spätestens um 8 Uhr am Hauptbahnhof versammelt sein.

Stadttheater. Die Leitung des Stadttheaters weist darauf hin, daß die Frist zur Einlösung der Stammkarten abgelaufen ist. Im Interesse einer glatten Regelung wird nochmals höflichst ersucht, die bestellten Karten, soweit noch nicht geschehen, umgehend beim Bankhaus Steckner abzuholen.

Bad Wittekind. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr findet Extra-Konzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 35 (Leitung: Kapellmeister Otto Haupt) unter Mitwirkung der Männerchor-Liedertafel (Leitung: Lehrer Herm. Schulze) statt. Die reichhaltige Vortragsfolge enthält ausgewählte Werke erster Tonmeister für Orchester, Männerchöre und gemischte Chöre a cappella, Männerchöre mit Orchesterbegleitung und das Terzett aus Kreutzers Oper: „Das Nachtlager in Granada". Als Gesangssolisten wirken Fräulein Luise Naundorf, die Herren Max Schulze und Werner Laue mit. Die Leistungen der Kapelle der 36er und der altbewährten Männerchor-Liedertafel sind genügend bekannt, so daß sich weitere Erwägungen erübrigen. Der Besuch dieses Konzertes wird daher allen Musikfreunden wärmstens empfohlen. — Am Freitag abend findet Extra-Konzert als Ehrenabend für den Leiter der Kurkonzerte, Kapellmeister Otto Haupt, statt.

Aus der Provinz.

Reform der Kommunalverwaltung.

Wie wie einer Denkschrift des Verbandes rheinisch-westfälischer Gemeinden entnehmen, sind die neuen Entwürfe der Städteordnung, der Landgemeindeordnung, der Kreisordnung und der Provinzialordnung von dem Staatskommissar Minister a. D. Dr. Drews bereits fertiggestellt und in den Monaten Juni und Juli mit den Interessenten eingehend durchgesprochen worden. Es dürfte danach feststehen, daß sie Mitte September beim Wiederzusammentritt der Preußischen Landesversammlung dieser zugehen können.

Grundlagen der neuen Gemeindeverfassungen sind Einheitlichkeit, Selbstverwaltung und Demokratie. Ganz Preußen wird künftig eine Landgemeindeordnung, eine Städteordnung, eine Kreis- und Provinzialordnung haben. Auch die Bestimmungen in diesen vier verschiedenen Ordnungen sind möglichst angeähnelt, vielfach aus der einen Ordnung in die andere wörtlich übernommen.

Grundlage der Selbstverwaltung ist die Gemeinde. Da die Landgemeinden vielfach leistungsunfähig wären, wenn sie zu klein sind, werden sie zu Amtsverbänden zusammengefaßt. An der Spitze des Kreises soll der Landrat stehen, der vom Kreistag auf 12 Jahre gewählt und damit Kommunalbeamter wird. Auch der Landeshauptmann der Provinz und die Leiter der Gemeinden wie der Amtsbezirke werden frei gewählt und bedürfen nicht einmal einer Bestätigung durch die Regierung. Landbürgermeister, Amtmänner, Amtsvorsteher, Bürgermeister und Landräte gehen aus freier Wahl hervor, in welche die Regierung nicht einzugreifen vermag. Auch beschließen die Selbstverwaltungskörperschaften frei und sind keiner Anweisung der Staatsregierung unterworfen. Die ganze Staatsaufsicht ist auf das denkbar geringste Maß zurückgeführt. Eine Menge Aufgaben, die bisher der Staat erfüllte, sind für die Zukunft der Entscheidung der Provinzen oder anderer Selbstverwaltungskörper übertragen.

Kurzum, schon die Entwürfe der neuen örtlichen öffentlichen Organisationen lassen erkennen, daß die Demokratisierung endgültig und restlos durchgeführt werden wird.

Zur „Massenflucht aus der S. P. D."

Wie hier in unserem Bezirk die Unabhängigen über „Uebertritte ganzer S. P. D.-Wahlvereine" ins unabhängige Lager eine ziemlich tendenziöse Berichterstattung führen, gehen ihre Freunde auch in den Nachbarländern mit denselben Mitteichen freben. Unserem Altenburger Bruderblatt geht darüber folgendes amüsante Schreiben zu: „Werte Genossen! In einem Versammlungsbericht in der unabhängigen „Reußischen Tribüne", in dem gesagt war, daß ein mehrheitssozialistischer Verein nach dem andern zur U. S. P. übertritt, schreiben Sie: „Das entspricht nicht der Wahrheit." Leider ist die Darstellung der „Reußischen Tribüne" richtig. Uebertritte sind in fast allen Orten zu verzeichnen. Z. B. trompetete ein U. S. P.-Redner in Eisenberg in die Versammlung: „Der rechtssozialistische Verein Friedrichshaide ist geschlossen zur U. S. P. übergetreten." In Wirklichkeit war ein

U. S. P.

Ein heiteres Reiseerlebnis von Th. Thomas.

Wir fuhren in den Bahnhof zu Riesa ein. Alles drängte sich zum Aussteigen; draußen auf dem Bahnsteig schoben sich schon wieder ganze Bündel von Menschen an die Abteile heran, um einen Platz zu ergattern. Dicht vor unserer Kutsche standen zwei Herren, die sich, als der Raum leer war, lebhaft gestikulierend zu uns hereinschoben.

Wie ein Platzregen prasselte ihre Unterhaltung in die bisherige Stille, ob man wollte oder nicht, man wurde in das Gespräch mit eingeweiht, die Herren erzählten so laut, als würden sie hier eine Volksversammlung abhalten.

„So, da sind Sie jetzt bei der U. S. P.?" sagte der eine zum anderen, „wie kommen Sie bloß dahin?"

„Mir hat die Gesellschaft in Berlin nicht mehr gefallen, kein Unternehmungsgeist, kein Schwung. Ich wollte heraus aus der dicken Luft."

„Na, daran sind doch wohl mehr die allgemeinen Verhältnisse schuld, wissen Sie das Ausland und . . ."

„Ach Unsinn. Die Leute haben sich im Krieg viel Geld gemacht, jetzt ist ihnen alles Wurscht."

Man wird es begreifen, wenn ich stutzte, das war doch ein bisschen starker Tabak, was der da behauptete. Der Zweite mit dem Spitzbart log gemütlich an seiner Zigarre, dann antwortete er:

„Mag sein, aber wissen Sie, die U. S. P. hat bis jetzt noch nichts Vernünftiges herausgebracht. Ich habe schon viel von ihr gesehen, alles ist Aufmachung, weiter nichts. Nur was fürs Publikum, keine Substanz. Wenn Sie sich die Dinge genau betrachten, finden Sie, es sind abgelauschte Muster, nur etwas schlecht herausgearbeitet."

„Ja und nein. Die Leute zahlen prima und die Hauptsache ist, sie haben nun mal Ideen und so was braucht man jetzt."

Nun wurde ich aber neugierig. Hatte ich bisher noch getan, als ob mich mein Buch stark anziehe, so gab ich jetzt die Heuchelei auf, ich sah den beiden starr ins Gesicht. Das waren ja merkwürdige Parteigänger . . .

Es entstand eine größere Pause. Die beiden steckten sich eine Zigarre an, während dem ich mir überlegte was das für sonderbare Schwärmer sein müssen. Nachdem die Schornsteine rauchten, begann die Unterhaltung wieder.

„Nee, wissen Sie, ich habe auch lange gezögert, ob ich bei der U. S. P. eintreten sollte, aber schließlich hab ich's doch getan. Glauben Sie mir, wer erst mal dort war, hat aber Gelegenheit, irgendwo anders unterzukommen, die Leute haben nämlich im Ausland, besonders im neutralen Ausland, tolossale Beziehungen."

„Aber auch erst seit kurzer Zeit, vorher ist schwer über sie geschimpft worden."

Kunststück, dachte ich, wo die U. S. P. doch erst gegründet worden ist, wo sollten da früher die Beziehungen herkommen? Ich hatte nicht schlecht Lust, etwas zu sagen. Aber ich bezwang mich doch und schwieg weiter.

„Freilich nicht", gab nun der andere wieder zurück, „wissen Sie, früher ging die Sache nicht so einfach, heute spielt Geld gar keine Rolle mehr, da wird geschmiert, ich sage Ihnen, da wird geschmiert . . . . Und darauf verstehen sich die Leute, das muß man sagen; seit ich in der U. S. P. bin, sehe ich erst, wie alles geschoben wird. Der Nervus rerum spielt überhaupt keine Rolle mehr, wahrhaftig nicht."

Beide lachten, ich mit ihnen. Warum, wußte ich eigentlich selbst nicht, ich sah ein, daß die beiden entweder komplette Narren waren oder politische Hochstapler. Aber ich lachte mit, ich wollte auf diese Art vielleicht mit in das Gespräch gezogen werden. Ich brannte vor Neugier, mehr zu erfahren.

Als der eine mit dem goldenen Zwicker sah, daß ich mich mit ihm freute, wandte er sich zu mir:

„Ja, ja, wenn Sie wüßten, wie heute Geschäfte gemacht werden, Sie würden staunen . . ."

Ich staunte schon, weil mir das neu war.

„Das glaube ich Ihnen", bemerkte ich, „nur ist mir nicht klar, warum gerade die U. S. P. gezwungen sein sollte, derartige Geschäfte zu machen. Ich wußte bisher nicht, daß so etwas möglich ist."

Beide Herren glotzten mich an, wie die Kuh das neue Scheunentor. Sie kamen mir beinahe ein klein wenig ängstlich vor. Schließlich sagte der, der zu mir von Geschäften gesprochen hatte: „Verzeihung, kennen Sie die Firma?"

„Na und ob", sagte ich, „wir haben ja bei uns daheim auch eine Bewegung der U. S. P."

„Von wo sind Sie, wenn ich fragen darf."

Ich nannte meine Heimat. Darauf machten sie, wenn das möglich war, noch dümmere Gesichter. Dann sagte der mit dem Spitzbart:

„Kann wohl nicht stimmen, soviel ich weiß, sind doch dort keine Porzellanfabriken."

„Ja, meine Herren, von wem sprechen Sie denn, Sie meinen doch die U. S. P., die Stiefsöchter der Sozialdemokratischen Partei?"

„Au Backe, wir reden von Ungers Sächsischer Porzellanfabrik, G. m. b. H., wo ich Anfang Mai eingetreten bin. Vordem war ich in Berlin."

„Dann rate ich Ihnen doch, mit den Abkürzungen etwas vorsichtiger zu sein", bemerkte ich, „es könnte sonst leicht zu Mißverständnissen kommen."

N.: lachten wir alle drei und die anderen Fahrgäste lachten mit, als der Irrtum aufgeklärt war. Es stellte sich heraus, daß die beiden Geschäftsreisenden politisch wenig orientiert waren, von den Parteien gar keine Ahnung hatten.

Als wir in Dresden ausstiegen, hatte ich den einen soweit gebracht, daß er mir versprach, Mitglied bei der S. P. zu werden. Der andere, der bei der U. S. P. m. b. H. war, konnte sich dazu nicht entschließen, weil er Mitglied des D. H. V. war

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190826-13/fragment/page=0005

Mann übergelaufen. „Nonneburg ist geschlossen übergetreten." In Wirklichkeit 4 Ueberträtte. „Dermsdorf ist geschlossen übergetreten." In Wirklichkeit 6 Austritte. So ist es überall. Neben dieser „ungeheuerlich" großen Zahl von Ueber- und Austritten heben wir im letzten Quartal „nur etwa 1500 Zunahmen zu verzeichnen und sind damit noch nicht recht zufrieden. Es muß wohl daran liegen, daß unser Augenmaß anders konstruiert ist als das der U. S. P.-Führer und -Redakteure. Wenn wir von einem Verein sprechen, so denken wir an eine größere Genossengemeinschaft. Die U. S. P. dagegen sieht in einem einzelnen Mann oder einigen Familiengliedern einen Verein. Gewiß kommt es daher, daß sie über größere Vereine selten verfügt. Es kann aber auch anders sein. Das Reußenland ist von der U. S. P. tollscher bereits zu 100 Prozent organisiert. Ihre Agitatoren haben dort keine Arbeit mehr und verwenden daher jetzt ihre ganze Arbeitskraft im Altenburgischen. Und weil sie genau wissen, daß ihre politische Saat im politischen Neuland keine Wurzeln schlägt, deshalb grasen sie das von uns bereits abgeerntete Gelände nochmals ab und suchen Aehren."

Merseburg. Unabhängige Jugenderziehung. Das der Arbeiterjugend unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, wird jeder Freund unserer Zukunft begreifen und schwer ist das Amt eines Jugenderziehers. Viele glauben es zu können und nur wenige sind dazu berufen. Zu ersteren gehört auch ein Leiter der hiesigen „Freien Jugend" (U. S. P.), Herr Rich. Kath, seines Zeichens Hilfsbeamter, um nicht Bonze sagen zu müssen, im Büro der hiesigen Fabrikarbeiter-Verbandsfiliale. Trägt unsere frühere Schulbildung viel Schuld an unserm Bildungsvermögen und müssen wir dies auch in vielen Fällen als Entschuldigung bei den Arbeitern gelten lassen, so müssen wir aber verlangen, daß alle die Personen, die sich öffentlich betätigen und sogar Jugenderzieher spielen wollen, doch etwas über die Durchschnittsbildung hinausragen. Es ist leider nicht so, wie gesagt wird: „Wem der liebe Gott ein Amt gibt, gibt er auch den Verstand dazu." Wenn Herr Kath diesen für sich in Anspruch nehmen will, so müssen wir ihn als sehr anmaßend bezeichnen und wir können ihm nur raten, sich auf die Hosen zu setzen, um durch Selbstbildung im stillen Kämmerlein das nachzuholen, was die Volksschule an ihm versäumt hat oder was er nicht lernen wollte. Anlaß zu dieser Lektion gibt uns ein Schriftstück, das an einige frühere Besucherinnen der freien U. S. P.-Jugend gerichtet wurde. Wie wenig Herr Kath von Sachbildung und Ausdrucksweise, ja sogar von Freiheitsgefühlen angekränkelt ist, kommt dabei deutlich zum Ausdruck. Das mit Schreibmaschinenschrift hergestellte Schreiben lautet:

Freie Jugend Merseburg. Merseburg, d. 3. 8. 19.

Herrn — — — — — — — — Merseburg,
— — — — Straße Nr. —.

Werter Genosse!

Laut Beschluß des inneren Ausschusses der „Freien Jugend" ist Ihre Tochter — — — — für immer aus unseren Reihen ausgeschlossen. Sie wurde am Donnerstag Abend gesehen, wie Sie sich mit einem Noske-Soldaten an dem Kinderplatz gerum drückte. Da es jedoch am selben Abend durch unsern Genossen Rich. Kath bekanntgegeben wurde, jeden Verkehr mit einen Noske-Soldaten zu unterlassen, was sich für ein Arbeiter Mädchen nicht ziert ist sie diesen Wünschen widergangen und somit auch aus unseren Reihen ausgeschieden.

Mit freiem soz. Jugendgruß

„Freie Jugend" d. Vorstand.

O, gesegne Freiheit und deutsche Muttersprach, wie schwer bist Du zu erringen. Also gegen das zweierlei Tuch sind auch die Weiblein der U. S. P. nicht gefeit und die freie Liebe macht auch vor der freien U. S. P.-Jugend keinen Halt. Wenn Herr Kath in seinem Bildungsdrang glaubt, die Bowlottierung der Reichswehrsoldaten durchführen zu können, so wünschen wir viel Glück, aber an dieser Arbeit sind schon die Versuche viel grundsätzlicherer U. S. P.-Männlein und -Weiblein in Berlin u. a. w. gescheitert. Nur so weiter, zwar leidet die Freizügigkeit und die echte Jugenderziehung, aber den Leuten werden die Augen geöffnet.

Brachstedt. Unseres Seelsorgers Nächstenliebe in Wort und — Tat. Wenn es auch viele Behörden und öffentliche Körperschaften gibt, die sich dem Geiste unserer Zeit und, durch äußeren Druck gezwungen, anpassen, so gibt es doch noch aus öffentlichen Geldern besoldete Personen, die eigensinnig und blind versuchen, gegen den Strom zu schwimmen. Die Revolution hat so manche sozialen Verbesserungen gebracht und diese haben vor allen Dingen vielen Geistlichen die Errungenschaften der Revolution sympathisch gemacht. Unser Seelsorger, Herr Nagotzky, macht natürlich in dieser Frage eine unrühmliche Ausnahme. Trotzdem auch er, wie alle anderen Pfarrer, es wunderbar versteht von der Kanzel herab die Nächstenliebe zu preisen und zusagen die Sozialität in eigener Person ist, hat er allen seinen Kanzelphrasen zum Trotz vorige Woche seinen Pfarracker zu Bedingungen verpachtet, die allem sozialen Verständnis Hohn sprechen und den Geist echt vornovemberlicher reaktionärer Gesinnung atmen. Diese „Bedingungen", unter denen er auf neun Jahre seinen Acker verpachtet, gab er in höchsteigener Person bekannt und nicht einmal die Schamröte ist ihm dabei in das Gesicht gestiegen. Zunächst muß der Pächter die auf dem Acker ruhenden Lasten (Renten usw.) selbst, noch außer dem Pachtgeld tragen. Da der Pfarrer Nutznießer des Ackers ist, so ist dieses Verfahren an sich rechtswidrig, denn jeder Staatsbürger ist verpflichtet, seine Lasten selbst zu tragen. Der Pfarrer streicht sowieso sehr reichliche Einnahmen aus diesen Verpachtungen ein, denn für den Morgen verlangt er 65 bis über 100 Mark. Obwohl nun dieser Herr genau weiß, daß den Pächtern durch das Hasenwild beträchtlicher Schaden entsteht, zieht er auch noch die Jagdpacht ein. Dadurch werden besonders die kleinen Pächter ge schädigt, die bekanntlich alle für Meister Lampe so lecteren Sachen sehr eng auf ihren kleinen Parzellen zusammenpferchen müssen. Die Pächter würden gern auf das Jagdpachtgeld verzichten, wenn der Herr Pfarrer außer Sonntags, die Hasen von den Feldern verscheuchen würde, von denen er die Jagdgelder einzieht. Bei Erteilung des Zuschlages wurde ebenfalls gleich gebremst und von drei ins Auge gefaßten Interessenten soll erst nach „vertraulicher" Sitzung einer beglückt werden. Ob man in dieser „vertraulichen" Sitzung erst einmal gründlich Herz und Nieren des in Frage Kommenden prüfen will? Hoffentlich fällt diese „Prüfung" gut aus und über des Pfarrers Acker wandelt kein Mensch, der mit „Revolutionsbazillen" behaftet ist und das Herrn Seelsorgers Grund damit beschatten könnte. Der Herr Pfarrer nutzt eben die „Konjunktur", das heißt, die Notlage der hiesigen Bevölkerung bis ins Kleinste aus. Wenn niemand ihm, den doch für viele so nötigen Acker abpachten würde, so würde dieser „Gemeindehirte" sich gar nicht schämen, denselben an anderen Stellen anzubieten und wenn die finanzkräftigen Bewerber in Pommern oder Ostpreußen wohnten. Als Verschleierungsmanöver gebraucht er die heuchlerischen Worte: „Die Behörden sorgen schon dafür, daß es nicht zu viel wird." Es wäre tatsächlich angebracht, daß die Regierung dicke Abstriche von dem Einkommen unseres Seelsorgers machte, der pro Tag 36 Mark Gehalt bezieht und dabei noch die „Konjunktur" ausnutzt. Die hiesigen Einwohner, besonders die Arbeiter, mögen sich ihren „Hirten" und Nächstenliebeprediger einmal genauer ansehen.

Fr. Richter.

Naumburg. Diskussionsabende. Gemäß dem Beschluß einer Mitgliederversammlung sind Diskussionsabende eingeführt. Der Verlauf des ersten Abends hat gezeigt, daß die dort gepflogene Aussprache den Teilnehmern eine Menge Wissenswertes, Anregendes und Belehrendes bringt. Leider war die Teilnehmerzahl verhältnismäßig gering. In Anbetracht der Wichtigkeit der Weiterbildung aller Genossinnen und Genossen wird erwartet, daß die nächsten Diskussionsabende zahlreicher besucht werden. Genosse Manthey hatte das Referat übernommen. Er sprach über: „Die kommenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratische-Partei", und skizzierte kurz die Schwierigkeiten derselben. Er schilderte das Verhalten der Oppositionsparteien und wies darauf hin, daß bei den kommenden Wahlen eine umfangreiche und intensive Agitation einsetzen müsse, um einen Rückschlag zu vermeiden. In der Diskussion wurde der Vortrag einer sachlichen Kritik unterzogen, die für alle Teilnehmer sehr anregend und lehrreich gewesen ist. Für den nächsten Diskussionsabend wurde Genossin Kirsch als Referentin bestimmt, die über „Die Jugendbewegung" sprechen wird. Da Genossin Kirsch ein sehr tätiges Mitglied der Gutemperlerloge ist, wird sie einige Erläuterungen über die Bestrebungen und Ziele der Gutemperler einflechten.

Naumburg. Mitgliederversammlung. Der auf der Tagesordnung stehende Vortrag über „Das Schulkompromiß" hatte recht belebend für den Versammlungsbesuch gewirkt. Auch einige Nichtmitglieder waren als Gäste anwesend. Nachdem Gen. Winkler diese speziell begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, sie bald als Mitglieder in unseren Reihen zu sehen, erteilte er dem Gen. E. G. Bethge das Wort, der u. a. ausführte, daß vor allem die Lehrerschaft dafür sorgen muß, daß die Bestimmungen des Schulkompromisses in unserem Sinne ausgenützt werden. Die anschließende Debatte, an der die Gen. Richter, Manthey und Winkler teilnahmen, bewies, mit welcher Entschlossenheit die hiesigen Genossen für die konfessionslose Schule eintreten wollen. Wir hoffen, daß nach zähem Kampfe mit der gesamten Partei das Schulkompromiß fallen muß, weil wir nur zum Sozialismus gelangen können, wenn die Menschen schon von Kindheit an für den Sozialismus erzogen werden. Gen. Winkler erstattete den Bericht vom Bezirkstag und von der Bezirks-Ausschuß-Sitzung. Bei der hierauf einsetzenden Debatte kam unverhohlen die Enttäuschung über die Regelung betr. Einstellung von Sekretären zum Ausdruck. Es wurde gefordert, weiterhin zu versuchen, für Naumburg einen Sekretär zu bekommen, damit wir den kommenden Wahlkampf noch intensiver führen können als die früheren. Unter Mitteilungen gab Gen. Winkler bekannt, daß ein Laden gemietet sei und somit am 1. Oktober eine Volksbuchhandlung eröffnet werde. Nachdem beschlossen wurde in nächster Zeit einen Familienabend zu veranstalten, schloß Gen. Winkler die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Delitzsch. Lebensmittelverkauf. Einmachezucker auf Extrapunktsmarken bis 31. d. M. je 500 Gramm. Nährmittel für Kinder bis zu zwei Jahren auf Kinderbrotkarte bis 31. d. M. je ¼ Pfd. für 24 Pfg. in den Bäckereien: Preußer, Eilenburgerstraße, Hennig, Breitestraße, und Weißer, Querstraße. Am 27. d. M. Quark auf Abschn. 151 je 100 Gramm für 28 Pfg. in den Milchhandlungen: Schneider, Dübener Straße, und Zelsing, Augusta-Viktoria-Promenade, von nachmittags 2 Uhr ab, sowie bei Scharf, Wiesenstraße, von früh 10 Uhr ab. Tilsiter Käse auf Abschn. 149 des Lebensmittelscheines je 100 Gramm für 65 Pfg. in der städtischen Verkaufsstelle Augusta-Viktoria-Promenade, am Mittwoch, den 27. d. M., nachm. 2—3 Uhr, Nr. 2591—2765, 3—4 Uhr Nr. 2766—2940, 4—5 Uhr Nr. 2941—3115, 5—6 Uhr Nr. 3116—3255.

Wittenberg. Gründung der Wittenberger Volkshochschule. Am Mittwoch abend wurde unter zahlreicher Beteiligung der Wittenberger Bevölkerung die Volkshochschule gegründet. Mit dem bekannten markigen „Empor zum Licht!" wurde die Feier durch den Arbeitergesangverein nach einem Willkommengruß durch den Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses, Herrn Lehrer Siebensohn, eröffnet. Herr Kreisschulinspektor Holzapfel verbreitete sich dann in einem Vortrag über die Geschichte der Volksschule, die zuerst in Dänemark ins Leben gerufen wurde, sich dann in den nordischen Ländern, Schweden, Norwegen, Finnland und auch in Schleswig-Holstein weiter verbreitete. Nach einem Gesangsvortrag des Frauenchors des Arbeitergesangvereins sprach Herr Lehrer Siebensohn über die Ziele und Aufgaben der Volkshochschule. Die Volkshochschule soll mit dazu beitragen, daß wir aus der jetzigen Armut zu neuer Blüte gelangen. Nun wurde der Satzungsentwurf bekannt gegeben und zur Vorstandswahl geschritten, bei der folgende Herren gewählt wurden: Lehrer Siebensohn als Vorsitzender, Schriftführer Germer als Kassierer, Lehrer Hinneburg als Schriftführer. Als Beisitzer Herr Kreisschulinspektor Holzapfel, Frl. Meinecke und Herr Schriftsetzer Freund. Der bisherige vorbereitende Ausschuß soll bis auf weiteres als erweiterter Vorstand bestehen bleiben. Nach weiteren musikalischen und gesanglichen Darbietungen sprach Herr Lehrer Siebensohn in einem Schlußwort den Dank an alle Mitwirkenden an diesen Gründungsabend aus. Er teilte weiter mit, daß die Anmeldungen zur Hochschule bereits die Ziffer von 700 überschritten habe und schloß mit dem Wunsche, daß die Volkshochschule Wittenberg sich zum Segen der Stadt und des Vaterlandes entwickeln möge.

Pretzsch. Zigeunerplage. In großen Trupps durchziehen die braunen Söhne und Töchter der Puszta die hiesige Gegend. Es empfiehlt sich, ein wachsames Auge auf die Gesellschaft zu haben, denn so mancher wertvolle Gegenstand ist schon spurlos verschwunden. Auch Pferde lassen sie öfters mitgehen, wie jetzt ein Diebstahl im nahen Eutzsch beweist, wo dem Landwirt Huth ein solches im Werte von 8000 Mark gestohlen wurde. Glücklicherweise gelang es, den Gaul schon im benachbarten Bleesern wieder zu erwischen. K.

Strauch. Kinderfest. Am Sonntag, den 31. August, veranstalten die Genossen unserer Partei ein großes Wald- und Kinderfest, wozu die Genossen in den nächst gelegenen Gemeinden herzlich willkommen sind.

Hohenleipisch. Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Amtsbezirk Hohenleipisch. Am Sonntag fand eine Konferenz beider sozialdemokratischen Parteien statt. Zur Tagesordnung stand als 1. Punkt: „Einwohnerwehren im Amtsbezirk Hohenleipisch." Der Amtsvorsteher war zu dieser Sitzung erschienen. Es entspann sich eine längere erregte Debatte, denn es stellte sich heraus, daß die Bewaffnung vom Landesjägerkorps in Halle aus über die Köpfe der Gemeinden hinweg erfolgt ist. Es wurde sofortige Zurückführung der Waffen gefordert. Der Amtsvorsteher versprach die er Forderung Folge zu leisten, und den Ortswehren keine Maschinenscheine auszustellen. Drei Tage später machte jedoch dieser selbe Amtsvorsteher bekannt, daß die Ortswehr die Bewachung der Gebäude und Fluren übernehme und die Einwohner gewarnt würden bei Dunkelheit den Ort zu verlassen, da dies leicht zu Unglücksfällen führen könne. Unsere Gegend ist völlig ruhig. Die Bevölkerung ist beunruhigt und verlangt sofortige Zurückgabe der Waffen. Kahla ein Ort von 250 Einwohnern, hatte 60 Gewehre und 2 Maschinengewehre erhalten, Döllingen, 400 Einwohner, 80 Gewehre, 2 leichte und 1 schweres Maschinengewehr. In Orten wo eine sozialistische Mehrheit ist, sind keine Ortswehren. Die Genossen in Pleißa haben sich überläufeln lassen und dem Militarismus in verdeckter Form zugestimmt. Sie sind auf der Konferenz darüber aufgeklärt worden, daß falsch war und werden nun dafür sorgen, daß die Ortswehr dort wieder aufgelöst wird. Die Schießerei währt die ganze Nacht. Die Sicherheit ist seit 8 Tagen durch die Ortswehren gefährdet. Leute, die während des Krieges als unzurechnungsfähig vom Militär befunden worden sind, sind Führer einer solchen Wehr. Es wurden dem Amtsvorsteher noch verschiedene Mißstände vor Augen gehalten, die er zu beseitigen versprach. Der zweite Punkt der Tagesordnung behandelte die Amtsvorsteherwahl. Es stellte sich heraus, daß unser Amtsvorsteher kommissarisch auf Lebenszeit gewählt ist. Dagegen wurde ganz energisch Protest erhoben und die sofortige Absetzung des Amtsvorstehers verlangt, da er die Mehrheit der Einwohner des Amtsbezirkes nicht hinter sich hat. Im diesigen Amtsbezirk wurden bei den letzten Wahlen 70 Prozent sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Gegen den jetzigen Amtsvorsteher liegt viel Material vor, und unsere Regierung mag denselben, wenn sie ihn nicht ganz beseitigen will, nach einem andern (schwarzen) Amtsbezirk versetzen. Hohenleipisch ist Amtsbezirk, der Amtsvorsteher, ein abgesetzter reaktionärer Bürgermeister, wohnt in Elsterwerda, 6 Kilometer außerhalb dieses Bezirkes. Die sozialdemokratischen Vertreter, welche die Mehrheit der Bevölkerung in Hohenleipisch, Pießa und Krauxa vertreten, verlangen, daß der Sitz nach Hohenleipisch verlegt wird, und in diesem Ort auch das Amtsbüro eingerichtet wird. Auf jeden Fall wird die sofortige Ablösung des reaktionären Amtsvorstehers durch einen Sozialisten verlangt.

Gewerkschaftliches.

Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In seiner letzten Sitzung am 19. und 20. August beschäftigte sich der Ausschuß u. a. erneut mit der Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den vom Reiche abzutrennenden östlichen Gebieten. Nach kurzer Debatte wurde er dahin schlüssig, daß der Gewerkschaftsbund alsbald Verständigung mit den Zentralen in Warschau und Galizien suchen möge. An den Vorstand gelangte Wünsche der Posenschen Genossen sollen erfüllt und eine Konferenz mit Hinzuziehung der Zentralen Kongreßpolens und Galiziens herbeigeführt werden.

Auf Anregung der Unternehmerseite der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- u. Arbeitnehmerverbände nahm der Ausschuß Stellung zu der Frage eines einheitlichen Abschlusses von Tarifverträgen in Industriebetrieben, die Arbeiter mehrer Berufe beschäftigen.

Eine zu dieser Frage angenommene Entschließung erklärt, daß mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich bei Schaffung von Tarifverträgen in Betrieben ergeben, wo mehrere Berufsgruppen in Frage kommen, der Abschluß sogenannter Rahmenverträge, das heißt solcher, die das Lohngebiet nicht berühren, ins Auge gefaßt werden kann. Vor der Einleitung derartiger Tarifverhandlungen hat eine Verständigung zwischen den beteiligten Berufsverbänden stattzufinden, mit der Maßgabe, daß allen das Recht verbleibt, an den Verhandlungen teilzunehmen und für ihre Berufsangehörigen rechtsverbindlich abzuschließen. Bestehende Tarifvereinbarungen werden hiervon nicht berührt.

Verhandlungen des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes mit führenden Persönlichkeiten des Deutschen Beamtenbundes ergaben, daß der letztere eine Aenderung seiner Satzungen in gewerkschaftlichem Sinne vorgenommen hat, indes unterhält der Beamtenbund zurzeit einen Fond für die Wahl von Beamtenvertretern zur Nationalversammlung und zu anderen politischen Vertretungen, angeblich ohne Rücksicht auf deren Parteistellung. Dies muß als ein Gegensatz zur parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, wie sie der Nürnberger Gewerkschaftskongreß beschlossen hat, erscheinen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß daher Bedenken tragen, den Deutschen Beamtenbund als Gewerkschaft anzuerkennen und wird aus dieser seiner Stellungnahme kein Hehl machen. Der Ausschuß schloß sich einhellig den Auffassungen des Vorstandes an. In der Frage des Streikrechts der Beamten vertrat der Ausschuß den seither stets betonten Standpunkt, daß den Beamten das Streikrecht wie jedem anderen Arbeitnehmer zustehen müsse.

Weiter berichtete A. Cohen über die Neugestaltung der Satzungen der Zentralarbeitsgemeinschaft. Die 14 vorgesehenen Reichsarbeitsgemeinschaften sollen sich bis spätestens Mitte September konstituiert haben, so daß der Zentralausschuß der Zentralarbeitsgemeinschaft anfangs Oktober zusammentreten kann. Einwendungen gegen die Satzung wurden nicht erhoben.

Ueber den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam erstattete Sassenbach einen kurzgedrängten Bericht. Die Diskussion darüber wurde vertagt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird noch Kenntnis gegeben von einigen Schreiben des Reichsarbeitsministers. Das eine ersucht um beschleunigte Berichterstattung der Gewerkschaften über Arbeitsstreitigkeiten, ein anderes weist auf die Ursachen der Kohlennot hin. In letzterem Schreiben wird beschlossen, für eine erhöhte Lösung der Bergarbeit unter Tage Propaganda zu machen, um dem Bergbau mehr Arbeitskräfte zuzuführen. Während der Vertreter des Bergarbeiterverbandes über eine allmähliche Steigerung der Förderungsziffern in der Steinkohlenerzeugung berichten konnte, liegen nach Mitteilungen Brunners die Verhältnisse im Eisenbahnwesen und in der Lokomotivfabrikation unsäglich traurig. Auch nach anderen Erklärungen liegt die Hauptursache der Kohlennot in dem immer mehr überhandnehmenden Mängeln im Eisenbahnwesen.

Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Mit Wirkung vom 1. September 1919 ab sind die folgenden Tarifverträge vom Reichsarbeitsamt für allgemein verbindlich erklärt worden:

Der zwischen dem Angestelltenverband der Putz- und Modeindustrie (E. V.), Sitz Berlin, dem Verband der Hut- und Filzwaren-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, der Fachgruppe für Putz im Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins, Geschäftsstelle Berlin, und dem Verband von Spezialgeschäften der Putzbranche E. V., Sitz Berlin, am 14. März 1919 abgeschlossene Tarifvertrag.

Der zwischen dem Verband zur Wahrung der sozialwirtschaftlichen Interessen des Großhandels in Spitzen, Kurzwaren und verwandten Branchen in Berlin, dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, Groß-Berlin, am 31. Mai 1919 abgeschlossene Tarifvertrag und

der zwischen dem Angestelltenverband der Putz- und Modeindustrie (E. V.), Sitz Berlin, dem Verband von Spezialgeschäften der Putzbranche (E. V.) Berlin und der Fachgruppe für Putz im Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins am 16. April 1919 abgeschlossene Tarifvertrag.

Vermischtes.

Den gefangenen Brüdern am Tage der Heimkehr.

Willkommen, die ihr heimkehrt! Hier die Hand:
Sie klammert fest sich um die eure, Brüder!
Ihr schaut: ja arm ward unser blühend Land,
Und tief liegt uns're Heimat heute nieder!

Der Krieg verloren! Grausam-hart der Feind,
Der Sieger, der euch Jahre hielt gefangen!
Bruder, ich fühl's, wie deine Seele weint!
Darum durch Blut und Kot und Tod gegangen?

Bruder, erheb' dein Haupt, schau rückwärts nicht!
Wir müssen vorwärts, müssen aufwärts schreiten,
Den steinigen Pfad gepflastert hat die Pflicht;
Der Krieg ist aus — doch weiter gilt's zu streiten —

Zu streiten um ein neues Lebensglück
Für uns're Heimat, müd' und angstbeklommen!
Du schaust mich an mit langem festem Blick
Und preßt die Hand mir — Bruder sei willkommen!

L. L.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Heydewik, in den Anzeigenteil: Rudolf Rochanski, beide in Halle. Druck und Verlag von Gebauhauer & Weidel in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190826-13/fragment/page=0006